

Angelienpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Markt, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Markt. — Meliamerpreis: Die Millimeterzeile 3 gespaltene oder deren Raum im Text 280.— Markt.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Ausleger Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche, Durch die Post Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod.-Genossenschaft. — Redaktionsprechstunde: 5-8 Uhr nachm. Postfachkonto: Breslau Nr. 210 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887.

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 100.

Montag, den 30. April 1923.

5. Jahrgang.

Die kämpfende Internationale lebt!

Internationales Meeting in Breslau.
we. Breslau, 30. April.

Unter strahlendem Himmel, der nur zeitweise durch graue Wolkenschichten verfinstert wurde, zogen gestern morgen die revolutionären Arbeiter Breslaus nach dem Kongertgarten „Schiefwender“. Allen unterschämten Heereien der „Volkswacht“, die sich der Breslauer Arbeiterschaft gegenüber erlauben darf, ein Meeting, auf dem ein französischer, englischer und russischer Vertreter spricht, als „berühmter Schwindler“ zu bezeichnen, hatte sich die Breslauer Arbeiterschaft in ansehnlicher Zahl eingefunden. An die 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen mochten im Garten versammelt sein, die mit größter Spannung und wiederholten Beifallsstürmen den Worten der ausländischen Referenten lauschten. Hier wurde die Internationale lebendig. Hier grollte aus den Worten des französischen Arbeiters der Vulkan, auf dem Poincaré tanzt und der ihn und seine Sippe eines Tages in die Luft sprengen wird. Hier sprach aus den Worten des Engländer die feste Zuversicht, daß es dem vereinten Kampf des deutschen, französischen, englischen und polnischen Proletariats in der Bund mit dem russischen Sowjetstaat gelingen muß, die Kluft zwischen den Kapitalismus überhaupt zu beseitigen. Hier tönte aus der schlichten Ansprache des russischen Berwalters eines Sowjetgutes das Hohelied der proletarischen Solidarität, die zu opfern und zu sterben weiß für die Befreiung der Menschheit.

Wir lassen nachstehend einen kurzen Bericht folgen:

Genosse Desfner (Breslau) eröffnet das Internationale Meeting und weist mit kurzen, einleitenden Worten auf die gespannte politische Situation hin. Die Ruhrbesetzung hat für das deutsche Proletariat große Gefahren aufgelegt. Die Gefahr des Krieges droht nach wie vor. Aber auch durch eine zeitweilige Verständigung der Deutschen und französischen Kapitalisten sucht sich das internationale Kapital eine neue, verfeinerte Ausbeutungsmethode zu schaffen. Gleichzeitig besteht die Gefahr des internationalen Faschismus, der Bildung bearbeiteter Parteien des Unternehmertums, die die völlige Niederschlagung des Proletariats bezwecken. Das von der Frankfurter Internationalen Konferenz eingeleitete „Internationale Aktionskomitee“ zum Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus“ hat deshalb in allen Zentren des Reiches internationale Meetings angeht, um in der deutschen Arbeiterschaft das solidarische Bewußtsein zum gemeinsamen Kampfe mit den Arbeitbrüdern des Auslandes zu stärken. Die Breslauer „Volkswacht“ hat in ihrer Verlegenheit und im Bewußtsein ihres revolutionären Arbeiterbetrages nichts anderes zu tun genützt, als daß auf diesen Meetings „Hokuspokus getrieben“ werde. (Lobliche Pfeife.) Zuruf: Sind das noch Genossen? Gen. Desfner bemerkt schließlich noch, daß der französische Genosse Merciere, der anfangs in Breslau sprechen sollte, in Aufruf von der Polizei des Sozialdemokratischen Gebering verhaftet worden ist (Pfeife). Darauf erhält das Wort der französische

Gen. Duta-Douai (Paris)
Der Comité generale du travail und der mit Hindernissen empfangen wird. Seine Rede wird überhört vom Genossen Rigel. Gen. Duta-Douai überbringt den Kameraden von Breslau die Grüße der revolutionären Arbeiterschaft Frankreichs. Die französische Arbeiterschaft hat unter den Folgen des Weltkrieges genau so zu leiden wie die deutsche. Durch die Ausbeutung Deutschlands auf Grund des Versailler Friedensvertrages hungern die französischen Arbeiter. Man tröstet sie mit den Worten: Der Boche wird alles bezahlen. Aber was Deutschland bezahlt hat, ist lediglich die Dämonen der französischen Bourgeoisie. Diese wälzt alle Steuern und sonstigen Lasten auf die Arbeiterschaft ab. Was tun die Führer der französischen Arbeiterschaft? Die Reformen unterstützen den Raubzug der Bourgeoisie. Sie die deutschen Referenten sind unerschrocken (Fuß). In einer plötzlichen Revolution haben sie zum Ruhraven-

Aufruf an das schlesische Proletariat!

Die auf dem internationalen Meeting versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen Breslaus beurteilen auf das schärfste den Einbruch des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet nach dem Willen der französischen Schwerindustrie. Sie geloben den rheinisch-westfälischen Arbeitbrüdern, ihren Kampf gegen Poincaré mit allen Kräften zu unterstützen. Sie wissen sich dabei eins mit dem Klassenbewußten Proletariat Frankreichs, Englands, Belgiens, der Tschechoslowakei, Polens und des russischen Arbeiter- und Bauernstaates.

Die Arbeiter Schlesiens aber werden daran gemahnt, daß auch in eigenen Lande die Regierung ihr Feind ist, bereit, morgen mit dem französischen Kapital und der Regierung Poincaré zu verhandeln, die gewaltigen Kosten ihres verlorenen Krieges und der Ruhrbesetzung in Form neuer, erhöhter gestiegener direkter und indirekter Steuern durch Lohnabbau und Raub des Arbeitsstandes restlos auf das arbeitende Volk abzuwälzen.

Die Regierung Sudo, als Beauftragte der Stinnes und Co., ist bereit, die Arbeiterschaft durch die faschistischen Banden niederzuschlagen zu lassen. Trotz offiziellen Verbotes ist es ihnen gestattet, sich zu bewaffnen, militärische Übungen tagtäglich abzuhalten.

teurer Stellung genommen, aber praktisch nichts unternommen. Allein die kommunistische Partei Frankreichs ist es, die mit aller Kraft den Kampf gegen Poincaré aufgenommen hat. (Lobliche Pfeife.) Um die Fühne der Kommunisten sammeln sich die Arbeiter. Die Lösung des Ruhrkrieges kann nur durch den einheitlichen Kampf des deutschen und französischen Proletariats gefunden werden. Die Lösung kann nur durch den revolutionären Kampf herbeigeführt werden. (Beifall und Hände klatschen.) So wie die französischen Kommunisten gegen Poincaré kämpfen, so müssen die deutschen Arbeiter gegen den Faschismus in ihrem eigenen Lande kämpfen. 17 der besten kommunistischen Kämpfer hat Poincaré eingekerkert (Pfeife). Die Verhaftung des deutschen Kommunisten Höpfer in Paris ist ein Symbol dafür, daß das deutsche Proletariat bereit ist, mit den französischen Genossen gemeinsam zu kämpfen und die Opfer zu tragen. Redner schließt mit den Worten: Proletariat aller Länder, vereinigt euch zum geschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie! (Stürmischer Beifall.)

Als nächster Redner spricht, ebenfalls mit starkem Beifall begrüßt, der

Gen. Smith (London),
dessen Rede von Gen. Hamann aus dem Englischen ins Deutsche überhört wird. Gen. Smith durchdringt seine Rede öfters mit deutlicher Wendung und fesselt durch seine lebhaften und sarkastische Art ganz besonders die Anwesenden. Er sagt etwa:
Männer und Frauen! Ich überbringe euch die Grüße der englischen Berg- und Metallarbeiter, der Internationalen Arbeiter-Union und des revolutionären Proletariats Irlands. Die Internationale Konferenz in Frankfurt hat ein Programm zum praktischen Kampfe gegen das internationale Kapital entworfen. Die internationale Solidarität muß besonders in den Streikbewegungen zum Ausdruck kommen. Gen. Smith weist auf die Tatsache hin, daß in den singenden Nähmaschinenfabriken beispielsweise in Deutschland mit Hochdruck und Ueberstunden gearbeitet wird, während die Arbeiter in denselben singenden Nähmaschinenfabriken in England und Amerika arbeitslos sind. Die deutschen Arbeiter sind sehr beliebt beim Kapital, weil sie zu künftigen arbeiten. Die englische Regierung ist kein Freund der deutschen Arbeiter, wie sehr vielfach behauptet wird, sonst hätte sie nicht gleichzeitig den Feind der englischen Arbeiter sein. 2 Millionen Arbeitslose sind in England. Die deutschen Arbeiter arbeiten viel zu billig. In der Ruhrfrage dreht es sich um die Bildung eines mittlereuropäischen Ausbeutertrüdes, an dem die französischen Kapitalisten mit etwa 60, die Deutschen mit 40 Prozent beteiligt sein sollen. England fühlt sich jetzt noch zu schwach, weil

Schlesien drohen besondere Gefahren. Aus den agrarischen und reaktionären Nestern hat man faschistisch Festungen errichtet, die in Waffen starren. Die einfachste Selbstverwaltung gebietet deshalb der schlesischen Arbeiterschaft, sich in den Betrieben Abwehrformationen zu bilden, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft erschlagen wird, wenn sie nicht verhungern will.

Schon rüstet der Faschismus gegen die sozialdemokratische Regierung gegen die Arbeiterkraft Schlesiens, die die ersten zaghaften Schritte zur Organisierung des Abwehrkampfes der Arbeiterschaft gegen den Faschismus und für eine Arbeiterregierung getan haben.

Die Versammelten richten den Appell an die Arbeiterschaft Schlesiens und im Reich, im geeinten Kampfe für eine Reichsarbeiterregierung, für die Uebernahme der politischen Macht durch die Arbeiterschaft in allen Betrieben, Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen zusammenzutreten.

Der vorstehende Aufruf wurde von den auf dem Internationalen Massen-Meeting in Breslau versammelten Arbeitern und Arbeiterinnen einstimmig angenommen.

Frankreich viel mehr Militär hat, 3. B. achtmal soviel Flugzeuge. Außerdem hat England Kämpfe zu führen in Irland, in Indien, Mesopotamien, Afrika usw. England will auch seinen Teil am Ruhrkrieg haben. Es schlägt die Lösung vor: Frankreich 40, Deutschland 40, und England 20 Prozent. Auch England hat seinen weißen Terror. Man denke an die Massenschlachten in Irland (Pfeife). Es gilt, den Kampf aufzunehmen gegen die Nazis und Mussolinis, den revolutionären Machtkampf aufzunehmen. Die englischen Kommunisten reichen auch dazu freundlichst die Hand. Redner schließt mit einem Hoch auf die Revolution und die internationale Solidarität, in das die Versammelten begeistert einstimmen.

Darauf erhält, mit stürmischem Applaus empfangen, der

Gen. Krasnow (Sowjetland)
das Wort. Er hält seine Rede erst auf russisch und übersetzt sie dann selbst ins Deutsche. Er führt aus:

Arbeiter, Genossen, Bürger der sog. deutschen Republik! Im Namen der russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten überbringe ich euch die herzlichsten revolutionären Grüße (Beifall). Seit dem Jahre 1905 kämpfte das russische Volk gegen den Faschismus und die Reaktion. 4 Jahre bekämpften wir unser Land gegen 17 europäische Staaten, gegen Denik, Wrangel, Koltschak, Judenitsch usw. Wir haben in vierjährigen Bürgerkrieg schwer gekämpft, aber wir haben geliegt (Braus)! Warum? Weil wir wußten, daß es für uns nur die Freiheit oder Untergang in drückender Knechtschaft gab. Aber das russische Volk hat nicht nur verstanden, zu siegen, es hat auch seinen Wirtschaftapparat wieder aufgebaut und ist in stande, den deutschen Brüdern aktiv zu helfen im Kampfe gegen Poincaré.

20 Millionen sind Brot (gegen 300 000 Zentner, die die deutsche Landwirtschaft aufbrachte) wider die hungernden Genossen im Ruhrgebiet. Das russische Volk hat auch ein heldenhaftes Beispiel gegeben in der Zertrümmerung des kapitalistischen Regimes und der Aufrichtung der Arbeiter- und Bauern-Räteregierung. Wir werden euch noch stärkere Hilfe erweisen können, als wir es jetzt tun. Ein russisches Sprichwort sagt: Stichel und Hammer beslegen Hunger und Jammer! Auch das deutsche Proletariat wird gegen im Zeichen des Kommunismus! (Stürmischer Beifall.)
Darauf hält als Vertreter der Zentrale der KPD Gen. Schöndorff-Berlin das Wort. Er rollt noch einmal in kurzen Strichen die Ursachen der Ruhrkrise auf. Er zeigt durch Schilderung der neuesten Güterproduktionen die Schrecken des kommenden Krieges. Es gilt

höchste Alarmbereitschaft und Opferwilligkeit im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Notwendig ist die Schaffung einer Arbeiterregierung in Deutschland. — Im Anschluss an die längeren Ausführungen des Gen. Schöndorff, die wir leider aus Raum-mangel nicht wiedergeben können, ging Gen. Desfner-Breslau noch auf die Sabotage des internationalen Kampfes durch die KPD ein. Die Führer der KPD untergraben systematisch die proletarische Einheitsfront. Sie haben es hier in Breslau u. a. auch abgelehnt, mit den Kommunisten eine gemeinsame Mai-feste zu machen. Wir werden dennoch nichts unterlassen, um mit den sozialdemokratischen Arbeitern gemeinsam zu kämpfen und ihnen die Augen zu öffnen über eine Sorte Führer, die durch reformistischen Verrat das Proletariat in Elend und Verderben führt.

Von den Anarcho-Kommunisten (nicht, wie irrtümlich aus den Worten des Gen. Desfner entnommen wurde, von der ILL) wurde ein altheres Festzug mit Schimpfepistolen gegen Sowjetrußland verbreitet. Es lohnt sich nicht, auf dieses hieniederbrannte Machwerk ohne die Spur eines politischen Gedankens einzugehen.

Im Namen der Ortsgruppe Breslau begrüßte der Vorsitzende, Gen. König, die Versammelten. Zum Schluss stimmten die Demonstranten spontan die Internationale an, die durch alle Strophen bis zum Ende mit größter Bewegung gesungen wurde. Nach Beendigung aufgenommenen Hochrufen, die der Gen. Smith-London ausbrachte, löste sich die glänzend verlaufene Demonstrationssammlung auf.

Der französische Kommunist Duta-Douai verhaftet!
Das internationale Meeting in Waldenburg.

Wie uns aus Waldenburg gedrängt wird, nahmen dort am internationalen Meeting 16-18000 Arbeiter teil.
Der Vertreter Frankreichs, Genosse Duta-Douai, Paris, wurde wegen Passvergehen verhaftet.

Die bayerische Regierung verbietet den Märschzug der Arbeiterschaft!
München, 28. April

Hier in Nürnberg ist die gemeinsame Märschzug durch die Instanzen der KPD und der Gewerkschaften sabotiert worden. Heute hat nur das Staatspolizeiamt die kommunistische Märschzug verboten. Ununterbrochen wurden in der Nähe Nürnbergs Truppenverstärkungen zusammengezogen. Dazu werden die nationalsozialistischen Sturmtruppen in großer Stärke beauftragt.

München, 28. April

In letzten Augenblick wurde von der bayerischen Regierung der gemeinsame Demonstrationsschritt der Märschzug verboten. Zum Protest wird erklärt, daß gestern die Orts- und Betriebsleitung der KPD einen Beschluß gefaßt hatte, sich entgegen dem ihr bekannten Verbot mit Sowjetfahnen und unter Einsetzung der kommunistischen roten Wehr an der Märschzug zu beteiligen. Außerdem sei bekannt geworden, daß mindestens beträchtliche Teile der Zugteilnehmer bewaffnet erscheinen würden. Diese Begründung ist erfolgt, obwohl der Regierung genau bekannt ist, daß die Arbeiterschaft keine Waffen besitzt.

Die Hege steigert sich von Stunde zu Stunde. Die Produktionen von Neubauten, die, wie berichtet, blutige Opfer gefordert hatte, sind nicht einzeln geblieben. Heute früh wurde wieder ein Eisenbahnbeamter von Faschisten angeschossen. Angehört aus Raufe für die gestern erfolgte gewalttätige Entsetzung des Ehrenvorsitzenden der Nationalsozialisten Anton Dreger aus einem Betriebe, dessen Arbeiterschaft voller Empörung über die Ueberfälle auf die sozialistischen Jugendlichen war.

Es steht also fest, der blutige Terror gegen die sozialistische Arbeiterschaft wird von der bayerischen Regierung offen unterstützt. Durch den Verbot der kommunistischen Märschzug und der kommunistischen Banner, durch die unerhörte provokatorischen Vorschriften für die Märsch-

Der Gewerkschaften in München hat die bayerische Regierung den „gefälligen Boden“ geschaffen, auf dem die Sturmtruppe der Nationalisten, die Polizei und die bayrische Reichswehr gemeinsam das Massaker unter der zur Maffei aufmarschierenden Arbeiterkassette anrichten können.

Die Münchener Arbeiterkassette, die Arbeiterkassette, können sich vor der geplanten Abschichtung nur dadurch schützen, daß sie geschlossen und in solcher Zahl und Wucht aufmarschieren, daß es die Maffei-Regierung nicht wagen kann, anzugreifen. Sonst ist die Arbeiterkassette getötet und die rote Fahne wird in den Roten München gesteckt werden. Ein Vertreter an der Arbeiterkassette, der heute noch die proletarische Frontfront sabotiert.

Noch die ungeheuerlichen Vorgänge in Bayern gehen die Gesamtarbeiterkassette Deutschlands an. Sie die überall am 1. Mai aufmarschieren wird kaum nicht talentlos zu sein, wie in Bayern ihre Brüder niedergemetzelt werden. Durch die Eingreifen des Reiches müssen die sozialistischen und freigeistlichen Arbeiter Bayerns geschickt werden. Die Gesamt-Regierung ist nicht willens, in Bayern einzugreifen. Darum muß mit verstärkter Wucht der Kampf um die Arbeiterregierung geführt werden, die allein unsere Brüder in Bayern schützen kann.

„Endgültige Lösung“

Von E. Varga.

In den Debatten über die Reparationsfrage laucht immer wieder die Frage der „endgültigen Lösung“ auf. Die bürgerlichen Kapitalisten zusammen mit den Sozialpatrioten suchen frampfhaft nach dem Ausweg, der den unheilvollen Zusammenstoß zwischen den bürgerlichen Staaten unmöglich machen soll. Ausgeklügeltes Beginnen. Einen ewigen Frieden zwischen kapitalistischen Staaten kann es nicht geben. Der „Heilige Geist“ des ewigen Friedens ist Hülferding, der in einer großen wissenschaftlichen Studie der bürgerlichen Zeitschrift „Schmollers Jahrbücher“ unlangst ausführlich es gibt im Kapitalismus zwei Arten der Überwindung der Gegensätze: die alte Methode der Niederkämpfung des Gegners und freie Konkurrenz, und die neue Vereinkung zu einem höheren Gebilde: Kartell, Trust, Syndikat würde nunmehr auch auf dem Gebiete der internationalen Politik an Stelle der Ausprägung der Differenzen durch Kriege das friedliche „Aus-dem-Bege-schaffen“ der Gegensätze in internationale Formen der Organisation: Kartell, Internationalisierung usw. treten.

Diese Theorie liegt — bewußt oder unbewußt — der ganzen Rührpolitik der Sozialpatrioten zugrunde. Wir wollen hierzu folgendes bemerken.

Es war weder der böse Wille noch die Unwissenheit der französischen und der deutschen Bourgeoisie, die den Weltkrieg hervorgerufen hat. Und es war nicht die Dummheit Poincarés, die zu dem gegenwärtigen Ruhrkonflikt führte, sondern es waren die immanenten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Die französische, an der Schwerindustrie beteiligte Bourgeoisie suchte ja die Vereinbarung mit der deutschen unzulässige Male. Die deutsche Bourgeoisie ist — trotz aller patriotischen Phrasen — trotz des hasserfüllten Widerstandes — gerne bereit, mit der französischen zusammen zu arbeiten. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Durch die neue Festschließung der politischen Grenze ist ja der produktivste und der durch den Standort bedingte Zusammenhang zwischen französischem Erz und deutscher Kohle nicht aus der Welt geschafft. Und doch ist es zu der Ruhrkrise gekommen! Weil eben die Gegensätze objektiver Natur sind und nicht von guten Willen oder der Einsicht der Politiker abhängig sind.

Die Reparationsfrage kann nicht endgültig gelöst werden, weil

1. Deutschland als kapitalistischer Staat tatsächlich nicht imstande ist, seinen jährlichen Produktionswerten seine Kosten zu entwerfen, die wenig wäre, um die französische Bourgeoisie von allen materiellen Folgen des Weltkrieges zu entlasten!
 2. Selbst wenn die deutschen Kapitalisten imstande wären, diese Kosten durch die beschärfte Ausbeutung des deutschen Proletariats heranzubringen, könnte keine Internationalisierung der Reparationsfrage geschehen werden, in der Frankreich als kapitalistischer Staat diese Kosten anzuerkennen könnte. Selbst bei Deutschland nicht. Will es hinter auf Rechnung der Reparation bauen, so werden sich die französischen Bauindustriellen, liefert es Maschinen, protestieren die französischen Maschinenindustriellen usw. Im vergangenen Jahre hatte Frankreich an Sachlieferungen für mehr als 20 Milliarden Goldmark von Deutschland einfordern können: es hat nur einen Bruchteil erhalten. Selbst bei bedeutend mehr als diesen Anteil angefordert und erhalten, weil es eben ein agrarisches Land ist, das die deutsche Industriewirtschaft gut brauchen kann.
- Die Reparationsfrage ist unlösbar! Es gibt dafür keine endgültige Lösung. Die Gegensätze der sozialistischen Länder lassen sich heute weniger als je friedlich überwinden. Nachdem die französische Bourgeoisie Rückschlüsse auf den Ruhrkonflikt verzettelt hat,

An das deutsche Proletariat!

Arbeiter, Arbeiterinnen! Nicht zu freudiger Feier, zu rücksichtslos entschlossenen, grenzenlos kühnen, zähen Kämpfen ruft Euch dieser 1. Mai. Nichts von dem wenigen, was die kämpfende Arbeiterklasse sich erringen hat, ist gesichert. Alles ist in der höchsten, dringendsten Gefahr. Selbst der Boden Eures Kampfes, die durch eine Revolution und zwei opferreiche Kriege errungene Einheit Deutschlands ist in Gefahr. Im Ruhrgebiet hat sich der französische Imperialismus eingenistet, entschlossen, zu bleiben. In Gefahr ist der Völkerruhe. Der Ruhrkampf ist schwächer mit Kriegsgefahren. Die sich abspielende kapitalistische Verständigung, die aus Deutschland eine internationale kapitalistische Kolonie machen will, wird die Kriegsgefahr nicht beseitigen, sondern nur verschieben. In Gefahr ist der Achtstundentag, sind die karglichen sozialpolitischen Errungenschaften, ist selbst der Hungerlohn, den Euch das Kapital heute hinwirft. Denn auf Eure Kosten wollen die Kapitalisten sich wieder einmal verständigen. In Gefahr sind Eure politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, ist das Koalitions- und Streikrecht, sind selbst die wenigen Rechte, die die bürgerliche Republik Euch gibt. Der Faschismus rüstet zum Schlag. Hinter ihm stehen die monarchistische Reichswehr, stehen alle Mumien des Kaiserreichs, die heute Beamte der Republik sind, hinter

ben wird, nachdem die deutsche Reichswehr — ebenfalls nach dem Rezept Hülfersding und der Sozialpatrioten — die letzte Goldreserve für den nationalen Widerstand der großen Kapitalisten geopfert haben würde, wird die deutsch-französische Bourgeoisie versuchen, einen Ausgleich ihrer Interessen zu finden, natürlich auf Kosten des Proletariats beider Länder. Aber der Ausgleich kann keine endgültige Lösung bringen. Deutschland kann die versprochene Summe nicht zahlen, Frankreich kann als kapitalistischer Staat derartige Reparationsleistungen überhaupt nicht annehmen, ohne seine kapitalistische Wirtschaft in die größten Schwierigkeiten zu stürzen. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht auf das Nehmen von Geschenken eingerichtet.

Und hinter dem deutsch-französischen Konflikt steht der viel wichtigere englisch-französische Konflikt. Die „Alliierten“ rufen auf schärfste gegeneinander. Weder die französische noch die englische Bourgeoisie will von der „Harmonietheorie“ der Sozialpatrioten — Vereinigung auf höherer Basis — etwas wissen. Diese Theorie ist gut für eine niedergeschlagene Bourgeoisie wie die deutsche, die ihrer tatsächlichen Herabdrückung zu einer kolonialbourgeoisie auf diese Weise ein Mantelchen umhängen will. Aber solange eine Bourgeoisie die Macht dazu hat, wird sie immer versuchen, die Gegensätze mit der Waffe auszutragen.

Darum: Weg mit der Harmonie-Theorie! Das Klassenbewußte Proletariat muß wissen, daß zeitweilige Vergleiche auf keine Kosten zwar möglich und momentan auch wahrscheinlich sind — daß aber die verabsäumte Austragung der Konflikte aus dem kapitalistischen System nicht beseitigt werden kann. Die Kriegsgefahr besteht im Kapitalismus ständig: es gibt in ihm keine endgültigen friedlichen Lösungen!

Die Lage im Ruhrkampf.

Das deutsche Angebot wird den Regierungen der alliierten Länder vorzugsweise in Laufe des Dienstag überreicht werden. In seiner vorläufigen Fassung ist es bereits fertiggestellt.

Soweit bis jetzt bekannt ist, werden 20 Milliarden Goldmark, unter Bezeichnung bestimmter Garantien, angeboten. Dazu eine Summe, die durch ein internationales Kollegium von Autoritäten, an dem Deutschland beteiligt ist, nach Abwägung der Leistungsfähigkeit Deutschlands abgemessen werden soll.

Die französische Presse erklärt nach wie vor, daß keine Verhandlungen in Frage kämen, solange die deutsche Sabotage im Ruhrgebiet nicht in manchen grundsätzlichen Maßnahmen gleiche, nicht aufgehoben sei. Der „Vorwärts“ leidet hiergegen bereits ein, indem er fragt, ob nicht während der Verhandlungen ein gewisser Waffenstillstand im Ruhrgebiet geschlossen werden könnte. Die Franzosen wählen sich jeden Eingriff in das wirtschaftliche Leben enthalten, während die Deutschen die Arbeit in vollem Umfange wieder aufnehmen. Das bedeutet praktisch die Aufgabe des passiven Widerstandes, denn die Eingriffe der Franzosen in die deutsche Wirtschaft sind bekanntlich nur eine Folge der deutschen Sabotage gewesen.

ihm steht die Schwerindustrie, stehen die Großbanken, stehen die Junker, steht alles, was gegenrevolutionär ist.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Diesen Gefahren kann nur die Kampf- und opferbereite Einheitsfront der Arbeiterklasse begegnen. Schafft sie gegen alle Hemmnisse und Hindernisse von unten auf. Aus der gemeinsamen Maffei-Regierung laßt eine ständige proletarische Kampfbereitschaft hervorgehen! Entschließt Euch zu kämpfen!

Gegen die imperialistische Vergewaltigung des deutschen Proletariats!

Für den internationalen Abwehrkampf, vor allem gegen den gewalttätigen französischen Imperialismus!

Gegen die imperialistische Kriegsgefahr!

Für die Verteidigung des Achtstundentages, des Koalitions- und Streikrechts, des Versammlungsrechts, der Pressefreiheit, der Arbeiterorganisationen!

In den Staub mit dem Faschismus!

Für den proletarischen Selbstschutz!

Für die Abwälzung der Lasten der Wiedergutmachung auf die Bourgeoisie!

Für die Arbeiterregierung!

Es lebe die proletarische Diktatur!

Es lebe die kommunistische Internationale!

Berlin, den 29. April 1923.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale).

Auch bezüglich des Inhalts bemerkt der „Vorwärts“ vorichtig: Die Verhandlungen sind dazu da, um zu verändern.

Demgegenüber ist bemerkenswert der neue Versuch der Nationalisten, die Besetzung zu provozieren. In der Nacht vom 25. zum 26. April wurden zwei belgische Soldaten von unbekanntem Täter schwer verletzt. Am 27. April wurden an der militarisierten Strecke Hattungen — Vorhalle zwei große Brücken in die Luft gesprengt. Die bürgerliche Presse sucht von den wahren Tätern, die im belgischen Lager zu suchen sind, abzulenken, indem sie die französisch-belgische Besetzung dafür haftbar zu machen versucht.

Auch die Italiener beschäftigen sich nun nach England mit der Frage wegen der Ruhr. Mussolini teilte gestern im italienischen Ministerrat mit, daß auf Grund der deutschen Note eine umfassende diplomatische Aktion veranlaßt würde.

Die Prozentpatrioten.

Die deutschen Kapitalisten sind große Patrioten. Wer will es leugnen? Ihr Patriotismus ist von einer besonderen Art, so daß sie es revidieren, daß man ihre Daten der letzten Tage ansieht.

Die patriotischen Kapitalisten haben den neuen Markkurs herbeigeführt. Jetzt sind sie bei der heroischen Arbeit alle Preise, die hoch blieben, trotz Markbefreiung, weiter zu erhöhen. Die Marktaufhebung wird von dem Verein Niederbayerischer Metallwarenfabrikanten abermals um 700 bzw. 1000 Mark erhöht werden, so daß die „Maffei“ Sorte 4000 Mark, die teuerste Sorte 5500 Mark im Großhandel ausfällt. Verrechnungsanschlag um Kleinhandelszuschlag ab 1. April 1923. Die Zertifikate sind abermals von 1000000 auf 1000000000 erhöht worden.

Aber die deutschen Kapitalisten können noch erheblicher mehr. Als gute Patrioten erklären sie: Sein Handel mit Frankreich und Belgien. Aber wie da! Schenkt Transportnachrichten schreiben: „Im Hamburger Hafen hält die Flotte im gesamten Exportverkehr weiter an. Nur für belgische und französische Häfen herrscht ein starker Güterandrang, so daß Frachthöhungen nach diesen Relationen eintreten.“ Wir können uns bei der patriotischen Haltung der Kapitalisten die Sache nur so erklären, daß die Waren, die nach Frankreich oder Belgien gehen, insoweit von — Kommunisten zusammen, die, wie täglich in der bürgerlichen Presse zu lesen ist, mit den französischen Kapitalisten außerordentlich befreundet sind und vielleicht auf diese Art und Weise die Ruhrkrise nach Frankreich schicken. (Dieses machen die deutsch-französischen Abgeordneten die Argubei-erheit zum Gegenstand einer Interpellation.)

Daß unsere Patrioten die Gelder der Ruhrhilfe dazu verwenden, um Spekulationen zu machen, ist bekannt. Man berichtet das „Berliner Tageblatt“, daß die Gelder der Ruhrhilfe auch zu großen Aufkäufen von Rohstoffen und Material verwendet werden und dadurch die Preise immer weiter hinaufgetrieben werden. So ist der Schrottpreis vom 12. bis 21. April von 300 000 auf 430 000 Mark, der Preis für Späne von 200 000 auf 350 000 Mark gestiegen. Auch eine entsprechende Wertvermehrung der Ruhrhilfe-Gelder.

Der legale Steuerbetrag wird immer größer. Die Aufnahmestellen werden abgebaut, den Ruhrkapitalisten wird die Ablieferung der Rohstoffe gestundet, der Anteil der Arbeiter an Steuererträgen wächst. Zum legalen kommt der illegale Steuerbetrag. Aus Hamburg wird gemeldet, daß Milliardenwerte, hauptsächlich Kartellstoffe, gemeinsam von deutschen und holländischen Schiffen ins Ausland verschifft werden. Sehr große Beiträge an Steuern und Abgaben werden dadurch erzielt.

Wer wird nach dieser Aufrufe von patriotischen Taten der Reichsregierung verdienen, daß sie diesen Patrioten in reichstem Maße „Ruhrgeld“ zukommen läßt, daß sie neuerdings wie in der streng verteilten Schenkung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 11. April mit dem Regierungsvertreter Geheimrat Weinholz (vom Reichsmilitärministerium) mitteilen ließ, die Regierungspresidenten ermächtigt, bis zu 80 Prozent der angemessenen Erfahrungsprämie sofort auszuschütten. Wenn aber jemand die mehrfachen Bitten der Regierungsvertreter, die Entschädigungsschätze doch nur recht verteillich zu bebandeln, als ein Zeichen dafür auffaßt, daß ein Patriotismus der Kapitalisten doch etwas nicht stimmt, wir müßten ihn auf die von heute mitgeteilten, höchst patriotischen Taten der Kapitalisten verweisen.

Vielleicht läßt sich Herr Becker doch etwas herbei, etwas ausführlicher über die Ruhrhilfe zu sprechen, da ihm doch alle Vertraulichkeit überbewahrt, daß die kommunistische Presse die ungeheuerlichen Tatsachen bei der Ruhrhilfe den Arbeitern mitteilt.

Poincaré und die Schupo.

Die Militärkontroll-Kommission der Entente verlangt in einer an die deutsche Regierung gerichteten, von Poincaré unterzeichneten Note die Entmilitarisierung der Schupo.

Es ist eine Unverschämtheit des in Wasser starrenden französischen Imperialismus, unter der Vorwand seiner „Sicherheit“ sich gegen die Militarisierung der Schupo zu wenden. Als in Genau die Vertreter Sonjetrlands sich für die allgemeine Entmilitarisierung in allen Staaten einsetzten, da hat gerade das imperialistische Frankreich dieser Forderung den erbittertesten Widerstand entgegen gesetzt.

Nicht Poincaré, dessen brutale Militärpolitik die deutschen Arbeiter mißhandelt und empört, ist legitimiert, die Entmilitarisierung der Schupo zu fordern. Sie ist allein Sache der deutschen Arbeiter selbst. Denn die Militarisierung der Schupo richtet sich allein gegen den inneren Feind, das revolutionäre Proletariat. Erst vorgestern hat Herr Schüringer im „Vorwärts“, um Poincaré zu beschwichtigen, die Schupo als das beste Instrument Everlings im Kampfe gegen rechts und links hingestellt.

Entmilitarisierung der Schupo ja; aber ihre Entmilitarisierung nicht durch den französischen Militarismus, sondern durch die deutschen Arbeiter. Das ist auch der Wunsch der meisten Schupo-Beamten selbst, die von dem militärischen Diktator unter mittelmeinschen Offizieren längst übergeben haben, und die es seit langem ablehnen, sich von der Gegenrevolution gegen die Arbeiterkassette mißbrauchen zu lassen.

Die französische Militärflucht miltet 3 Jahre Gefängnis für Kommunisten.

W.D. London, 26. April. Von dem französischen Kriegsgericht wurden Genosse Emil Koch der Führer der Jugendgruppe der kommunistischen Partei, und Wilhelm Müller, der Vorsitzende der kommunistischen Partei in Kaiserlautern, wegen Verbreitung antimilitaristischer Schriften zu einem Jahr bzw. drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Der französische Militarismus zeigt immer unverschämter sein wahres arbeiterfeindliches Gesicht. Die ungeheuerlichen Urteile gegen unsere Genossen müssen die gesamte internationale Arbeiterkassette zum Protest heraufgerufen. Poincaré tritt sich, wenn er glaubt, durch sein Schreckensregime die kommunistische Arbeit hindern zu können, an Stelle der Verurteilten werden viele andere treten.

Wjatta — Bayern.

Es kommt uns folgende Mitteilung zu: „Die Abteilung der Roten Hilfe im Gouvernement Wjatta (Nordostrußland) hat beschlossen, die Unterführung der gesamten politischen Gefangenen in Bayern und deren Angehörigen zu übernehmen.“

„Die Internationale Rote Hilfe hat bereits der Roten Hilfe Deutschlands 250 Dollar für diesen Zweck zugestellt.“

Unter den zahllosen Beweisen der herrlichen Solidarität, an die uns unsere russischen Brüder rührendste.

Das Gouvernement Wjatta ist fast durchweg von Bauern bevölkert; es ist ein armes von der Natur kümmerlich behandeltes Gewöhnlich haben, ist das der herrlichste, der Welt.

Was für Schätze von menschlichen Gefühlen und von revolutionärem Eiferismus müssen in den Herzen dieser russischen Bauern bergen sein, wenn sie das, was sie von ihrer kümmerlichen Nahrung sparen, der Ernährung des Häftlings in der Zelle eines bayrischen Gefängnisses, der Unterstutzung seiner Frau und seiner Kinder widmen!

Arbeiter und Bauern Bayerns! Ihr sollt nun, mehr denn je, Schußlinien der revolutionären Bauern Wjattas. Sie haben für die Befreiung der Arbeiter der ganzen Welt auf allen Schlachtfeldern der Revolution geblutet. Jetzt ernähren sie die, die in eurem Land für eure Erlösung gekämpft haben. Wozumal könnt ihr das vergelten?

Vom Fußballwettkampf zum Blutbad.

W.D. London, 29. April. Gelegentlich eines Fußballwettkampfes in Wembley bei London kam es zu furchtbaren Szenen. Zweihunderttausend Personen versuchten, sich gewalttätig Zutritt zu den Zuschauerpätzen zu verschaffen. Hunderttausend Personen wurden dabei verletzt, davon fünfthausend schwer. Unter den Opfern befanden sich zahllose Frauen und Kinder.

Preußen. Lokales. Der Wahlrechtsraub am preussischen Proletariat

Seit Februar 1919 haben in Preußen keine Neuwahlen zu den Gemeindeparlamenten mehr stattgefunden. Während in den anderen Ländern des Reiches schon überall das Proletariat zu den Gemeindeparlamenten wählen konnte, in einigen Fällen sogar bereits mehrfach zur Wahlurne gegangen ist, hat in Preußen die regierende Sozialdemokratische Partei aus schlotternder Angst vor einer Katastrophe einen Niederlage, immer wieder die Neuwahl hinausgeschoben sich bemüht. Als die Rufe nach Neuwahlen immer lauter wurden, bequamen sich endlich die Sebering und Braun, Neuwahlen zu versprechen und gaben mehr oder minder feierliche Zusicherungen, daß spätestens „im kommenden Frühjahr“, „im kommenden Herbst“ nimmere bestimmt kommunale Neuwahlen stattfinden würden. Es wurde Frühjahr 1921, es wurde Herbst 1921, es wurde Frühjahr 1922, aber Neuwahlen kamen immer noch nicht. Im Sommer 1922 wurde der Ruf nach Neuwahlen so laut, daß Sebering und Braun gemeinsam im Hauptausschuß des Preussischen Landtages als Innenminister und Ministerpräsident ihr Wort darauf gaben, daß nimmere im Herbst 1922 ganz bestimmt in Preußen gewählt werden sollte. Als unsere Presse es wagte, auch diese feierliche Zusicherung nicht ernst zu nehmen, erklärte die Staatsregierung durch W.S.B., daß nicht der geringste Anlaß vorliege, an den Worten der beiden preussischen Staatsminister zu zweifeln. Es wurde Herbst 1922, aber — auch dieses Ministerwort wurde gebrochen.

Jetzt liegen im Landtag zwei Interpellationen auf sofortige Neuberäumung von Neuwahlen zu den preussischen Gemeinden ein, eine von uns und eine von den Deutschnationalen, die natürlich ebenfalls ein Interesse an Neuwahlen haben. Der Landtag war nimmere gezwungen, zu diesen Interpellationen Stellung zu nehmen. Die Interpellationen wurden einem Ausschuss überwiesen. Darob großer Kummer bei den Sozialdemokraten. Im Ausschuss beschworen sie denn auch ihre Koalitionspartner, doch um Gottes Willen keine Neuwahlen vorzunehmen, vielmehr erst die Städteordnung zu verabschieden, weil andernfalls die Gefahr bestehe, daß nach Verabschiedung der Städteordnung im nächsten Jahre noch einmal gewählt werden müsse. Als ihnen von uns entgegengehalten wurde, daß die Verabschiedung der Gemeinde-Ordnungen, vor allem wegen der zeitraubenden Kleinarbeit bei Ausführung der Ortsbezirke, nicht Monate, sondern Jahre dauern würde, und als diese Auffassung auch von den meisten anderen Parteien bestätigt wurde, wurde die Angst der Sozialdemokraten geradezu grotesk. Sie behaupteten, es sei doch „erst“ 4 Jahre her, daß gewählt sei, und 6 Jahre sei doch für Gemeindeparlamente das Normale! Sie beschworen die bürgerlichen Parteien bei der „nationalen Einheitsfront“, die bei einem Wahlkampf „in so schwerer Zeit“ aufs äußerste gefährdet wäre! Man möge doch bedenken, daß die Kommunisten alles tun würden, um die Bevölkerung aufs tiefste anzuregen, wogu die Gemeindepolitik mit ihren Wohnungs- und Lebensmittelfragen, die jede Hausfrau, jeden Antifaschisten aufzurütteln vermöchten, sich ganz besonders eigne. Aber gerade die „nationalen“ Parteien, die Deutschnationalen und die Volksparteier, wollten anfangs von der „nationalen Einheitsfront“ nach dem Herzen der Sozialdemokraten nichts wissen. Ihnen ist das Nationale ganz selbstverständlich stets nur eine Kulisse, hinter der sie geschickt ihre materiellen Klasseninteressen zu betreiben pflegen und im Augenblick, wo ihnen diese Kulisse hinderlich ist, weisen sie sie einfach um. Die Sozialdemokraten aber schlugen die nationale Ruhrbefehlsorgane solange, bis sich die Volksparteier zu einer kurzen Vertagung bereitfinden. Welche Konzessionen die Sozialdemokraten in dieser Vertagungsphase den Volksparteiern gemacht haben, wissen wir nicht. Oering werden aber die Konzessionen auf Kosten des Proletariats sicherlich nicht sein. Für Aufrechterhaltung ihrer zahllosen gutbezahlten Bürgermeister- und Stadtratsposten verrät die Sozialdemokratie das Proletariat täglich 24mal.

Nach der geheimnisvollen Pause war die „nationale Einheitsfront“ wieder hergestellt. Volksparteier, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hatten sich auf einen gemeinsamen Plan geeinigt, wonach zwar Neuwahl vor Verabschiedung der Städteordnung beschlossen werden sollte, aber der Wahltermin selber offen blieb. Spätestens bis zum 31. Dezember 1923 sollte jedoch der Landtag den

Termin anberaumen müssen. Als die Deutschnationalen beantragten, diesen Termin einen Monat vorzulegen, wurde auch das ohne weiteres angenommen.

Wie kam es nun, daß die Sozialdemokraten plötzlich gegen eine Neuwahl nichts mehr einzuwenden hatten, obwohl doch zweifellos auch im November und im Dezember noch mit der Befehlsgebung des Ruhrgebietes und damit der „Notwendigkeit der nationalen Einheitsfront“ gerechnet werden mußte? Das kam daher, daß die in den Entwürfen zur Anberaumung von Neuwahlen in Preußen eingehaltenen Wahltermine weder von der Regierung noch von den nationalen Einheitsfrontparteien als ernsthaft betraglich wurden, sondern daß man nur ein Gesetz machen wollte, um die Rufe nach Neuwahlen zu den preussischen Gemeindeparlamenten erst einmal zu beschwichtigen, daß man in Wirklichkeit gar nicht daran denkt, im November oder Dezember Wahlen vorzunehmen, sondern daß man, wenn der Novembertermin herankommt, einfach den Termin auf das Jahr 1924, 1925 usw. weiter hinauschieben wird. Als unser Redner bei der jetzigen Beratung im Plenum den Koalitionsparteien diese Absicht unterstellte, gaben sowohl der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei durch Erklärung, wie auch der Zentrumslandrat Leonard durch Zwischenruf zu erkennen, wenn im Herbst aus „nationalen“ Gründen eine Wahl inopportun erscheine, selbstverständlich dann auch nicht wählen lassen würden. Das ganze Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindegewahlen, das der Preussische Landtag am Dienstag verabschiedet hat, ist, soweit der Wahltermin in Frage kommt, nichts als ein frecher Schwindel. Es wird doch nicht gewählt. Weder in diesem Jahre, noch im nächsten Jahre werden wir Neuwahlen zu den preussischen Gemeindeparlamenten bekommen, es sei denn, daß die entrechteten Proletarier von sich aus Neuwahlen erzwingen.

Während man aber den Wahltermin in der Schwebe gelassen hat, haben die nationalen Einheitsfrontparteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen das Wahlrecht in freibewährter Weise verschlechtert.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist aufgehoben und durch ein Klassenwahlrecht ersetzt.

Wer nicht 6 Monate ununterbrochen am Orte wohnt, darf weder wählen noch gewählt werden. Die Proletarier, die als Opfer der kapitalistischen Willkür von Ort zu Ort gejagt, von den Arbeitsnachweiser halb nach hier, halb nach dort vertrieben, von den deutschen wie von französischen Militärs und Kapitalisten gemahregelt und vertrieben werden und infolgedessen nicht 6 Monate ununterbrochen am gleichen Wohnort ansässig sein können, werden

ihres Wahlrechts völlig beraubt.

Die Arbeiterfeinde begründen diese Ausnahmestimmung damit, daß nur derjenige über das Geschick einer Gemeinde mitzubestimmen haben dürfe, der durch längeren Aufenthalt mit dem Geschick der Gemeinde verhaftet sei. Aber dieser Vorwand ist plumper Schwindel. Irgendein feudaler Landrat in Ostpreußen kann jeden Tag nach Westfalen verlegt werden und schon am selben Tage auch in Westfalen wieder als Landrat fungieren; irgendein Bürgermeister kann von Essen nach Magdeburg, von Posen nach Buxtehude verlegt werden und schon am anderen Tage das Geschick der Stadt Magdeburg oder Buxtehude in verantwortlicher Weise leiten müssen! Warum hat man noch nie verlangt, daß auch diese Herren erst durch sechsmonatigen Aufenthalt in ihrer neuen Gemeinde befähigt sein dürften, über die Geschicke dieser Gemeinde mitzubestimmen? Und das Mitbestimmungsrecht eines leitenden Stadtrats, Landrats oder Bürgermeisters ist doch unendlich folgenreicher für das Geschick des Reiches oder der Gemeinde als die einfache Abgabe eines einfachen Stimmzettels! Daß die ganze Begründung mit der notwendigen langwierigen Verbundenheit und Verbundenheit aber ein einziger groß angelegter, frecher Dummschank ist, geht schon daraus hervor, daß die nationalen Einheitsparteien beschloßen haben:

„Die durch feindliche Maßnahmen aus den besetzten Gebieten verdrängten wählbaren und wahlberechtigten Personen sind unbeschadet ihrer Wahlberechtigung und Wahlbarkeit an ihrem Wohnort auch da wahlberechtigt, wo sie sich am Wahltag aufhalten.“

Die Herren Bergassefforen, Zollamtsdirektoren und sonstigen gewinnbringenden Kapitalisten und Kapitalistenfreunde aus dem Ruhrgebiet können also überall da wählen, wo sie sich gerade am Wahltag aufhalten. Während der Pro-

letarier, der vom Arbeitsnachweiser in einem anderen Ort vermittelt, der Beamte, der von seiner Behörde in eine andere Stadt verlegt ist und schon 5 Monate hier wohnt, nicht wählen dürfen, weil sie „noch nicht genau mit der Stadt vertraut“ sind, kann jeder nationalistische Ruhrflüchtling da wählen, wo er sich auch nur 5 Minuten lang am Wahltag aufhält. Irgendeine Orgeschänke kann demnach unter dem Deckmantel „Kaufschillinge am Wahltag von einem Orte zum anderen ziehen und durch Stimmenabgabe von Dorf zu Dorf deutschnationale Mehrheiten ergattern.“

Die Sozialdemokratische Partei hat zwar zum Schein so, als ob auch sie gegen die Entrechtung des Proletariats sei und beantragte sogar gleich und formell, daß die 6 Monate gestrichen werden sollten; als es aber zur Abstimmung kam, und unsere Anträge abgelehnt waren, stimmte die Sozialdemokratische Partei mit allen übrigen Parteien für den Abs. 1 des § 2, der den Wahlrechtsraub am preussischen Proletariat enthält. Schmälicher hat wohl noch nie eine Partei ihre eigenen Wähler verraten. Dieser Verrat am Proletariat muß den preussischen Sozialdemokraten in den kommenden Monaten, besonders im Wahlkampf, so um die Ohren gehauen werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. (Fortsetzung folgt.)

Eine Anfrage an den Herrn Polizeipräsidenten Dr. Kleibücker.

Von Arbeitslosen wird uns geschrieben: Wir eruchen den Herrn Polizeipräsidenten im Interesse einer großen Anzahl von Arbeitslosen Malergehilfen, folgenden Sachverhalt zu prüfen, und die sich daraus ergebenden notwendigen Maßnahmen zu treffen. Der Strohbeamte Herr Artur Müller, wohnhaft Hirschstraße 51, III., diensttuend im 11. Polizeirevier, Parochstraße 11, betätigt sich in seiner dienstfreien Zeit in seinem Zivilberuf als Maler und nimmt durch diese Handlungsweise, die nicht klar genug gegliedert werden kann, arbeitslosen Malergehilfen die Beschäftigungsmöglichkeit, wobei zu bemerken ist, daß für die Beamten der Schutzpolizei auf Grund des Dienstverhältnisses eingemessen gefordert ist. Als oben genannter Beamter auf seine Handlungsweise aufmerksam gemacht wurde, erging er sich in den gemeinsten Redensarten und drohte sogar noch tätlich zu werden. Wir sind jederzeit bereit, eine Anzahl Zeugen, über diesen standhaften Vorfall dem Herrn Polizeipräsidenten namhaft zu machen, erlauben aber gleichzeitig, daß der Polizeipräsident in dieser Hinsicht ganz energisch durchgreift.

Provinzielles. Klassenjustiz.

220 000 Mark Geldstrafe oder 6 Jahre Gefängnis für Arbeiter, welche versuchen, ein Orgeschloß auszuheben.

Am 5. August 1922 hatte der O.M. (Orgesch) im Orgeschloß Hakenwald in der Nähe von Bunsau ein Zusammentreffen seiner Bänder unangemeldet (polizeilich) arrangiert. Raum waren die Schüsse auf W. Rathenau verhallt, die schwarz-weiß-roten Mörderbänder verböten, schon sammelt sich die Gesellschaft in dem mit monarchistischen Dekorationen geschmückten Saale zu neuen Sätzen. Eine zugleich Zeit in Roswith tagende Versammlung der Arbeiter-Radfahrer-Sportler erhielt davon Nachricht, was im Hakenwald vorging. Sie begaben sich um Mitternacht nach diesem Orgeschloß. Die Gesellschaft war nicht wenig erstaunt, als 11 Arbeiter erschienen und fragten, ob die Versammlung polizeilich genehmigt sei, worauf man den Arbeitern antwortete: „Ach was, Polizei, hier sind wir selber Polizei, wir sind jetzt die Herren.“ Hierauf verlangten die Arbeiter Schluß der Versammlung, darauf wurde ihnen das Lokal verboten, was aber weder dem Wirt noch der Orgesch gelang. Die Arbeiter versuchten auf durchaus friedlichem Wege diese Gesellschaft auseinander zu bringen. Trotzdem wurden sie wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs angeklagt. Das Bunsauer Schöffengericht sprach sie frei, weil das Gericht annahm, die Aufforderung des Wirtes zum Verlassen des Lokals sei nicht an alle Arbeiter gerichtet gewesen, es hat auch nicht jeder diese gehört. Wegen diese Freisprechung protestierte der Amtsanwalt. Die Angelegenheit ging vor die bekannte Meingher Strafkammer. Diese stellte sich auf den Standpunkt, daß die Arbeiter widerrechtlich in das Lokal eingedrungen seien, deshalb sind sie des Hausfriedensbruchs schuldig. Allerdings läme nur in Betracht die politische Ursache der damaligen Zeit und daher sei das Strafgesetz in Anwendung gekommen, anstatt Gefängnisstrafe, die sonst auf gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch stehe.

Dieses Urteil vervollständigt die Reihe der neuerdings gegen die Arbeiter gefällten Klassenurteile.

Weil sie die Republik stützen wollten — zehn Verurteilte gehören der RPSD an —

werden sie von einem angeklagt, der natürlich schon Verzicht zu einem Verbot, was die Hälfte ihres Gehaltes betrug, und 300 Tagen Gefängnis.

Die Orgeschloß werden aber nicht nur durch diesen Schuß dadurch dantes, sondern daß sie noch freier wie bisher gehen, die feierliche Reue nicht wählen werden.

Die Arbeiterpartei aber wird den Kampf gegen die Orgesch selbst in die Hand nehmen und zur Abwehr der konterrevolutionären Gesellschaft überall proletarische Kampfgruppen gründen.

Vangerstein, Herr v. d. Hagen, Vorsitz der Versammlung. In einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte am Montagabend Genosse Jannan über die Festsitzungsfeier, ihre Entwicklung und Bedeutung. Er führte ungefähr folgendes aus: Im Munde aller Sprecher, weit über die deutschen Grenzen bildet der von Stalin beschlossene Festsitzungsbesuch der uns von dort aus reichlich bekannt ist, von Tagesgespräch. Diese Institutionen, bewacht mit dem Gelde des Schwerekapitals, geschaffen und ausgehalten, dienen lediglich zur Wahrung der arbeitenden Bevölkerung, zur Abwehr aller von der Arbeiterklasse geführten wirtschaftlichen und politischen Kämpfe. Die Möglichkeit des Bestehens dieser Institutionen ist zurückzuführen auf die Mächtigkeiten der Arbeiter, die durch Verprechen der SPD, und Gewerkschaftsbürokratie teils missmutig und irreführt sind, und als solche den radikalsten Parolen der Faschisten Glauben und Gehör schenken, die aber nie in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Es muß deshalb den Führern der Arbeiterbewegung als Auflage entgegengeschleudert werden, daß sie, auch in der höchsten Gefahr, wo diese bis an die Zähne bewaffnete Gesellschaft bereits die ersten Triumpfe in Deutschland feiert, schlafen und feste weiter fußhandeln werden, und an der Spitze der mit diesen Mordgeheulen arbeiten, und nicht wissen wollen, wo die Macht steht und wie sie angewendet ist im Kampfe gegen diese protogolischen, staatsgefährlichen, moralisierenden Wesen. Nähere Erläuterungen zu den vorformalisten in Bayern, Sachsen, Ruhrgebiet ließen deutlich erkennen, daß die Hilfestellungen nicht eingestellt sind, die äußere Gefahr abzuwenden, sondern lediglich die Novemberverbrecher, die resoluten Arbeiterpartei als Ziel sich auserkoren haben. Mit Hilfe der famosen Demokratie ist es in unser demokratischen Republik möglich, daß sich derartige Verhältnisse immer mehr Bahn brechen. Was ist das aber für eine Demokratie, die auf der einen Seite ungeheure Vermögen ergattern und in den Weinstuben und Litscheln Millionen und abermalen Millionen von diesen Parasiten verpassen läßt, während auf der anderen Seite mit Hilfe der Demokratie Millionen Proleten dem Hungertode geweiht sind.

Auf Grund dieser Geschehnisse ist es das Gebot der Stunde, zu handeln, sich aufzubäumen gegen die gesamte kapitalistische Gesellschaft, die Einheitsfront gegen diese Ausbeutergesellschaft herzustellen. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterpartei das Recht für sich in Anspruch nimmt, sich zu bewaffnen wie alle die Geheimorganisationen, und in allen Orten proletarische Abwehrhunderschaften ins Leben zu rufen. Es ist weiter notwendig, daß überall Kontrollausschüsse gebildet werden, die von der Urstätte der Produktion bis in die letzten Straßen den Bücher unterbinden, und der enormen Preistreiber ein Ende bereiten.

Genosse Jannan schloß sein 1 1/2stündiges Referat mit einem kräftigen Appell an die Massen abzulassen von ihrer Gleichgültigkeit, die dazu angeht, die Verhältnisse zu verschlechtern, die ein gut Teil dazu beitragen, daß die Besten des Volkes hinter Justizhansmännern schmachten müssen. Im gegenwärtigen Augenblick heiße es kämpfen zu sein zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft. In der darauf folgenden Diskussion fanden die Ausführungen unseres Genossen allgemeine Zustimmung. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung mit einem guten Erfolg für die Partei geschlossen.

Freiburg. In der Provinzial-Heil- und Pflanzanstalt a. d. Herrschen ungläubliche Zustände, die zum Teil schon die Öffentlichkeit beschäftigten. Uns ist auch ein Brief eines Pflanzlings zugegangen, worin um besser und geeignete Maßnahmen bittet. Eine Abfertigung desselben ist Genossen Rechtsanwältin Simon zugegangen, damit dieser als Abgeordneter des Provinzial-Landtag einschreitet. Die Zuschrift lautet:

„In der Anstalt ist dem Direktor Dr. Bubenbergr ein Herr Klind gefolgt. Seit der Zeit verschlechtert sich die Lage der Kranken. Die in 11 c n am Abend den Tag 300 Mk bezahlen und noch dazu 9 Stunden den Tag arbeiten, von früh 7—11 Uhr, nachmittags von 1 bis 6 Uhr, Feldarbeit. Die Kranken sollen aber nur arbeiten, um sich zu strecken. Wenn das werden können, so können die Beschäftigten, welche in den Häusern an der Straßenseite, in die zurückgehenden. Deswegen ist schlecht das Essen. Oftmals zum Frühstück nur etwas Suppe und trocken Brot, auch abends. Die Kranken haben deshalb schon gestreift. Auch den Pflanzlingen geht es nicht besser. Als ich dieselben beschreiben mußten, sie erst drei Tage warten, am besten Tage was das Essen wieder gut um nachher wieder mangel zu werden. Auf das Verlangen der Pflanzgerinnen, sie außer Menagen essen zu lassen, kamt sie sich einmal ein Ei oder ein Glas Milch kaufen können, antwortete der Herr als Arzt: „Wurst und Bier sind schließlich!“

Frankfurt. Auf einvernehmlichen Stimmen hat die Bunsauer Stadtdemokratie-Sitzung einstimmig beschlossen, den Arbeitslosen 100 Namen

meter Brennholz zur Verfügung zu stellen und 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung von Lebensmittel, bezw. Mehl, bewilligt. Arbeitslose, verlangt überall, dass man in allen Eilungen für sich eintritt.

Schneeberg. Wofür die Polizei Geld und Zeit hat. Die Belegschaft der hiesigen Bergwerksgrube wohnt weit zerstreut in den umliegenden Gebirgsdörfern. Der Nachkommen die Arbeiter aus Steinhausen, Illertal, Buchwald usw. Um die teure Beförderung zu schonen, haben sie gewöhnlich auf einem außerhalb der Stadt entlang führenden Wege (das Schneeburger Pfaster) ist weit berühmt, nicht nur, weil es ein sogenanntes „Fährteufel“ ist, sondern auch wegen seiner Höhe. Warnungstafeln sind nirgends angebracht. Eines Tages hatten wir ein Rencontre mit dem Kinderwagen des Herrn Dr. Nimsch, welches den jungen Industriepfingzen im Freien bewegte (im Kinderwagen). Große Entrüstung seitens des Fräuleins über die Freiheit der dreckigen Bergpfadler, mit Sr. Hoheit dem Industriepfingzen denselben Weg zu benutzen. Die Arbeiter aber ließen sich das nicht gefallen. Also machte ich Blutwurst. Am nächsten Tage stand schon ein Vertreter der heiligen Germandad auf Posten mit gelbem Notizbuch und freute sich, als ihm einer nach dem andern ins Garn ging oder vielmehr fuhr. Aber wir können dem Beamten nur raten, sich auch für andere Herrschaften zu interessieren. Nach Informationen bei Nachbarn werden sogar Pferde auf diesem Wege hergezogen usw. Wenn der Weg nur für Fußgänger da ist, warum bringt man keine Tafeln an, es könnte ja auch ein Drehring aufgestellt werden, wie in vielen anderen Promenadenwegen anderwärts. Aber wir können sehen, daß so ein Kinderfrau ein mit einem Industriebauer zu den Mächten gehören, welche die Polizei in Bewegung setzen.

Edersdorf. Patriarchalische Zustände. Man schreibt uns: Man fühlt sich in die gute alte Zeit zurück versetzt, wenn man folgenden Vorfall betrachtet. Der Inhaber des Baugeschäfts Andreas G. Herr Lepski, feiert in den nächsten Tagen das Fest der Silbernen Hochzeit. Aus diesem Anlaß wurde von Seiten des Pfarrers eine Sammelliste in Umlauf gesetzt, um Geld zur Feier zu sammeln. Es wurden verschiedene Beiträge von Seiten der Hämmerleute geschickt, aber der Vogel schloß der Fischer Schluß ab, er gab den Betrag von 2000 Mark in Worten „zweitausend Mark“. Auf Befragen des Pfarrers, wollen Sie etwas raus haben, erklärte er, nichts. Der Pastor erwiderte, Sie haben sich wohl geirrt, es sind 20000 Mark da, erwiderte der Fischer, was ich gegeben habe, das habe ich gegeben. Politisch oder gar sich in der Arbeiterbewegung zu beteiligen oder Opfer bringen, da ist kein Ged. Sei es Zeit da, aber für seinen Ausbeuter da hat der Herr Geld im Überflusse. Wir Bauarbeiter warten bis heute auf Sie, wir sind von allen Instanzen ausgesprochen, so am 9. März. Die Herren Meister können sich nicht beschaffen. Und gerade Herr Lepski ist einer von denjenigen, die der Arbeitern, wenn es irgend möglich ist, Steine in den Weg werfen und Verhandlungen zu nichte rufen. Auf der Baustelle des Herrn Lepski brachte eines Tages ein Plakat mit dem Inhalt: Wer für den alten Lohn weiter arbeitet, kann auf dem Bau bleiben, wer nicht! — Ihr Bauarbeiter, insbesondere die Hämmerleute, seid Männer, kämpft für eure Forderungen, denn euer Feind ist das Kapital. Kämpfen wir die schweren Kampf geriet, dann werden wir auch zum Siege kommen. Oder denkt ihr vielleicht ihr könnt das Herz der Unternehmer mit Geschenken rühren, kauft ihr euch? Die Herren lachen über euer Kämpfen und dumme Gutwilligkeit. Euer Feind ist ausgereicher Lohn, damit ihr nicht durch Geschenke erbettelt, sondern das müßt ihr erkämpfen.

Reinhardt, Hr. Josef. Offizielle Beramtlung der R.P.D. Auch der Kreis Josef erwacht. Am Sonntag, den 15. April, fand in Reinhardt, Hr. Josef, eine öffentliche Versammlung der R.P.D. statt. Die Versammlung wurde durch Gen. Michalski eröffnet. Genosse König hielt ein Referat über die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland. Gen. König jäherte die Not des Proletariats der ganzen Welt sowie die Ursachen der Ruhrbesetzung. In der Diskussion meldete sich keiner der anwesenden Genossen zum Wort und so erging Gen. Michalski daselbe und las den Aufsatz vor, der von den Betriebsräten der Josefer Zellulose- und Papierfabriken in Josef Hofen an die oberste Arbeiterkammer gerichtet hatte und forderte die Arbeiter von Reinhardt auf, ihre Betriebsräte dazu zu bewegen, den Aufsatz zu befolgen. Dieser Aufsatz wurde lebhaft von den Proletariaten von Reinhardt begrüßt. Nach Schluß der Versammlung hießen sich 30 Genossen in die Partei aufnehmen. Im Anschluß daran wurde eine Ortsgruppe gegründet und sofort eine Mitgliederversammlung abgehalten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Gen. Kurt Lange, zum 2. Vorsitzenden Gen. Clemens und zum Kassierer Gen. Rejzdygal gewählt. Bei Schluß der Mitgliederversammlung wurde ein Proletariatsklub gegründet.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Die Konzentration des Kapitals.
Beber den Umbau der Einle-Hofmannwerke.
Herr Robert Götter, Mitglied des Hauptvorstandes des NAB, in Vorwärts:
„Seit der Ruhrbesetzung ist das oberste Industriegebiet für die deutsche Wirtschaft von erhöhter Bedeutung. Der großartige Konzentrationsergebnisse, von denen die letzten Jahre eine große Gruppe von Betrieben darstellt, ist durch die Abschließung der wichtigsten Rohstoffwerke an der Ruhr vorläufig unterbrochen. Deshalb gewinnen die betriebswirtschaftlichen Industriegebiete, vor allem das Liegenschafts- und Oberflächengewerbe, erhöhte Bedeutung.“
Um die Gruppe Einle-Hofmann-Landhammer entwickelt sich ein großer Konzern. Die Einle-Hofmann A.G. die im Jahre 1922 in ihrer Solowin- und Waggonfabrikation auf eine Höhe von 87 000 Tonnen gekommen war, hatte eine immer größeren Eisenverbrauch. Dieser

Eisenverbrauch wurde bestrebt durch die Verbindung mit der Landhammer A.G. Hr. Bedarf in Stahl konnte aus den Werken in Riesa, Orsbly und Torgau gedeckt werden, und außerdem war damit verbunden eine Sicherung des Braunkohlenbedarfs. Das wurde noch erweitert durch die Verbindung mit der AG, deren Heintzsdorfer Stahlwerk das noch fehlende Eisen lieferte. So entstand die Einle-Hofmann A.G. in Verbindung wenigstens mit einem Teil der notwendigen Rohstoffe, es fehlte aber immer noch das notwendige Koksessen. Dieser Faktor war von großer Bedeutung, weil die noch langfristigen Hochöfenwerke immer geringer wurden. Durch die Ruhrbesetzung war der Koksbedarf noch gestiegen, denn die innerdeutschen Koksbeverbraucher waren restlos auf schweißes und englisches Koksessen angewiesen.

Aber der Zusammenschluß der Einle-Hofmann-Landhammer A.G. mit der Oberschlesischen Eisenindustrie A.G. (Caro-Hegenscheidt) hat auch für die letzten wirtschaftlichen Ursachen, denn hier handelt es sich darum, für Koksessenüberschuß regelmäßigen Absatz zu finden und hier lag es nahe, die Maßwerkprodukte der Oberschlesischen Eisenindustrie A.G. für die in letzter Zeit immer größere Ausdehnung der Eisenbahnen, Lokomotiv- und Maschinenbauanstalten der Einle-Hofmann-Landhammer A.G. in Breslau in Verbindung zu bringen. Die „Frankfurter Zeitung“ schätzt die Kokserezeugung von O. S. J. auf 400 000 Tonnen. Außerdem wird Einle-Hofmann-Landhammer jetzt durch die Koks- und Kokserezeugung „Glückhülse“ und die Deutsch-Oberschlesische Breiten-Gruppe, beide zur O. S. J. gehörend, künftighin beliefert. Man schätzt die jährliche Koksbedarfs auf ungefähr 2 Millionen Tonnen. Die deutsch gebliebenen Werke der Oberschlesischen Eisenindustrie A.G. leben sich zusammen aus der Juliusütte in Bobritzsch bei Reuthen, bestehend aus einem Hochöfenwerk, Kokserei mit Ubergewinnungsanlage, sowie einem Stahl- und Walzwerk, der Heintzsdorfer Hütte in Laband bei Gleiwitz, bestehend aus einem Walz- und Kaltwalzwerk, den Oberschlesischen Drahtwerken in Gleiwitz, die Walzdraht, gezeugene Drähte, Drahtstifte, Nägel, Nieten, Holzschrauben, Ketten, Springschrauben, Drahtseile, Drahtseile usw. herstellen. Die Juliusütte beherrschte die Aktienmehrheit der O. S. J. war die Charlottenhütte. Der Generaldirektor Friedr. der Charlottenhütte ist ein großer Konzernführer der letzten Jahre. Er hat ein großes Geschäft gemacht aus dem im Eisen- und Kokserezeugung die mit ihren Spat- und Braunkohlen, in den Hochöfen, Martin- und Walzwerken mit 2 großen Werken Oberschlesiens und zwar der Bismarckhütte und der Kattowitzer A.G. für Bergbau und Eisenhüttenbetriebe. Ob die Charlottenhütte die Mehrheit an die O. S. J. übertragen gegen einen Austausch von Einle-Hofmann-Landhammer-Aktien ist noch unklar, wird aber behauptet. Damit würde sie auch in einer neuen Gemeinschaft zu dem neuen Gebilde treten. Sicher ist nur, daß diese frühere Beherrscherin der O. S. J. gegenwärtig auf neuen Wegen wandelt. Es ist ganz augenscheinlich, eine Folge der Ruhrbesetzung, daß über die von der Ruhr besetzten Werke gegenwärtig ein großer Kampf um die Industrieherrschaft entzündet. Am die Charlottenhütte wird gegenwärtig schwer gekämpft. Bis vor wenigen Tagen hat der Großkapitalist Bofel den Versuch gemacht, die oberste Arbeiterkammer der Charlottenhütte (Bismarckhütte und Kattowitzer) an sich zu reißen. Diese Verhandlungen sind schief gegangen.

Schon taucht aber eine neue Gestalt auf — die Verbindung O. S. J. und Einle-Hofmann-Landhammer stellt zweifellos einen neuen Sieg für die O. S. J. dar, deshalb ist es nur allzu natürlich, daß ihr vorläufig größter Antipode, der allein selbstmachende Herr Hugo Stinnes nun auf den Plan tritt. Es wird erzählt, daß die Charlottenhütte ausgerechnet über ihren oberste Arbeiterkammer Besitz, als auch über die Eisenhüttenbetriebe mit der Stinnesischen Rhein-Eisen-Union verhandelt. Vorläufig ist auch diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen und sie bleibt abzuwarten. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß wir auf dem Gebiet der Konzentration vor ganz neuen Entwicklungsmöglichkeiten stehen. Wenn man einmal erkannt hat, wie sehr die Stellung der deutschen Arbeiterkammer entscheidend beeinflusst durch die neuen Organisationsformen in der Herstellung des industriellen Reichtums, dann wird man mit vollem Recht diesen Entwicklungen Beachtung schenken.

Folgtums und Arbeitslosigkeit.

Im Gefolge des Ruhrkrieges haben sich überall in Deutschland Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verheert. Die Vorgänge in Mählsheim zeigen, wie die Folgtums die Frage lösen wollen durch rücksichtslose Niedermegung dergehenden von der großen Masse der Arbeiter umgehenden Arbeitslosen.
Wieder und wieder muß betont werden, daß die freien Gewerkschaften endlich aus ihrer Passivität gegenüber dem Erwerbslosenproblem herauskommen müssen. Der General NAB hat sich hinter die Arbeitslosen und ihren Forderungen gestellt. Aber was hat die Zeitung der NAB im Namen der acht Millionen freigezwecklich organisierten Arbeiter getan? Die Forderungen sind aufgestellt in den 10 Punkten, sie greifen in Erreichung aller Erwerbslosen in den Produktionsprozesse und bis zur Erfüllung dieses Ziel ihre ausreichende Unterstützung. Die Aufstellung der Forderungen war aber alles, getan wurde so viel nicht. Wieder die freigezwecklich organisierten noch die unorganisierten Arbeitslosen sind durch die Forderungen in zersplitterte Umfänge zusammengefaßt, so es geschieht ist nur durch die Initiative der freigezwecklich organisierten Gewerkschaften. Die große Masse in ihrem Schicksal überlassen und hangert bei der absolut ungenügenden Unterstützung.
Diese entsetzlichen Zustände müssen aber jedem freigezwecklich organisierten Arbeiter auf den Kopf brennen. Denn es gilt nicht nur die Gefahr von Schlägereien durch schändliche Handlungen abzuwehren, viel gefährlicher ist die Wählererei der als Spieß oder unter Fremdenmasse aufzutretenden schändlichen gelben Gewerkschaftsführer.

In der „Deutschen Zeitung“, dem Organ der faschistischen Gelben wird am 28. April der Entwurf der Arbeitslosenversicherung einer demütigenden Kritik unterzogen. Das ist nicht schwer, denn der Schandentwurf der „Gutten-Regierung“ bedeutet Aufhebung der kümmerlichen Reste der Erwerbslosenfürsorge. Und die Arbeitslosen haben heute schon das Gefühl, daß sie mit den heutigen Unterführungen aus ihrem Glend nicht herauskommen. Dieser Stimmung Rechnung tragend, bewirkt die „Deutsche Zeitung“ jede Unterführung und verlangt Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit überhaupt. Dazu wird gelagt:

„Grundsätzlich sei zu der Frage der Arbeitslosenversicherung gelagt, daß sie nur eine traurige Rettungsplanke einer der Arbeitslosigkeit gegenüber hilflosen Sozialdemokratie sein kann. Denn die Arbeitslosigkeit kann niemals durch die Arbeitslosenversicherung herabgemindert werden, da sie nie deren Ursachen zu beheben oder auch nur zu bekämpfen vermag.“

Die radikale Lösung der „Deutschen Zeitung“ heißt nun: Restlose Einstellung — nicht aller Arbeitslosen — sondern aller gelben Arbeiter. Die faschistische Taktik läuft darauf hinaus, die

Genosse und Genossin werde eifrig für Dein Partei-Organ.

selbst überlassenen Arbeitslosen zu teilen und einen Teil mit ihren Pfaffen zu gewinnen — als Unternehmerruppen. Befriedigt stellt die „Deutsche Zeitung“ fest, daß durch das neue Arbeitsnachweisgesetz die Unternehmer und Gelben den übermäßigem Einfluß auf die Arbeitsvermittlung haben und daß ja „glücklicherweise“ noch die privaten Arbeitsnachweise bestehen. (Die NAB-Führer haben bekanntlich dem Arbeitszeitgesetz zugestimmt.) Die Parolen der unter den Arbeitslosen wühlenden Faschisten sind nun: Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohn, Aufhebung aller Sozialgesetze, Verbot der Streiks, „Freie Arbeit!“ Durch längerer Arbeit werde Arbeit für alle geschaffen (!) Das bedeutet die Loslösung aller Gelben auf die Arbeitenden und Schrankenlose Schmutzkonkurrenz der Arbeiter untereinander.

Es ist dasselbe Programm, das die italienischen Faschisten in die Welt hinausposaunen. Jedem aufgeklärten Arbeiter ist es klar, daß keine Durchführung nur unendliche Verschärfung des Glends bedeuten würde. Mussolini hat es in Stellen nicht gewagt, seit seinem Regierungsantritt Zahlen über die Arbeitslosigkeit herauszugeben. Von einer Abnahme der Arbeitslosen kann keine Rede sein. Dagegen macht Mussolini alle Anstrengungen, um unglückliche Arbeiter in alle Erdgegenden als billiges Arbeitsvieh zu vermitteln, so auch zurzeit ins Ruhrgebiet.

Erohem ist es höchste Zeit, den deutschen Faschisten endgültig das Wasser abzugraben. Der Hunger treibt bis zum Wahnsinn. Verhältnismäßig kleine Teile der Arbeitslosen können wie ein verheerender Sturm wirken, wenn sie den faschistischen Parolen zum Opfer fallen. Darum müssen die Gewerkschaftsleitungen überall gestärkt werden, die gesamte Macht der Gewerkschaften dafür einzusetzen, daß alle Arbeitslosen restlos in den Produktionsprozess eingegliedert werden und daß zur Forderung der unmittelbaren Auflösung der Erwerbslosen Instanz deren Forderungen in bezug auf menschenwürdige Unterbringung durchgeführt werden. Nur so kann die faschistische Gefahr beseitigt werden. Dieser Weg erfordert Kampf und Opfer, aber es ist der einzige Ausweg!

Die Betriebsrats-Wahlen in den Zurriner „Fiat“-Werken.

Bon Bawera Camilla.
Heute sind die „Fiat“-Werke in Zurrin für die Arbeiter nur noch die Erinnerung an eine Kraft, die einst der ganzen Stadt ihren Charakter aufdrückte. Denn die Gruppe von Arbeitern, die der 20 000 Köpfigen Belegschaft der „Fiat“-Werke die Einheitslichkeit des Denkens und Willens gegeben hatte, ist aus der Fabrik verjagt und durch getreue Werkzeuge des Unternehmertums ersetzt worden. Die Unternehmer glauben, daß sie auf diese Weise ihr Ziel erreicht hatten. Heute, unter der Herrschaft der Reaktion, glauben die Unternehmer und die Faschisten, die „Fiat“-Arbeiter vollständig in der Hand zu haben. Man hoffte, bei der Neuwahl der Betriebsräte den Beweis zu führen, daß die Arbeitermasse sich zu dem Programm und den Methoden des „nationalen Wiederaufbaus“ bekann habe. Aber man hatte sich mozzals getäuscht. Alle Entlassungen und Neueinstellungen hatten nicht genügt, den „schlechten Geist“ aus dem Betrieb herauszubringen. Trotz aller Söhlage, die sie empfangen haben, hießen die „Fiat“-Arbeiter sich ihr Klassenbewußtsein nicht nehmen.

Die Faschisten boten alles auf, um die Stimmen der Arbeiter zu gewinnen. Sie hielten eine Reihe von Versammlungen ab. In einer dieser Versammlungen nahm auch ein Mitglied des ehemaligen Betriebsrates, der Reformist Porra, teil. Die Faschisten nötigten ihn, zu sprechen, und er hatte in dieser von den Faschisten organisierten Versammlung nichts weiter zu tun, als die „Verheerung“ der Kommunisten hervorzuheben. Am nächsten Tag bereiteten ihn aber die Arbeiter im Betrieb eine feindliche Demonstration, um gegen seine Verleumdungen zu protestieren. Eine Anzahl von Arbeitern ergriff, bei Gelegenheit der Wahlen die Szene zu den kommunistischen Grundfragen zu zeigen, die für die Mehrheit der Zurriner Arbeiter maßgebend sind. Dies hatte sich auch bei den letzten Wahlen zum Vorstand der Unternehmerratskommission gezeigt, wobei die Kom-

missionen einen großen Sieg gewonnen hatten. Es war indessen nicht möglich, eine kommunistische Liste aufzustellen, weil die Kandidaten einer solchen Liste sofort entlassen worden wären. Nun stellten die reformistischen Führer des Metallarbeiterverbandes der faschistischen Liste eine Liste ihres Verbandes entgegen. Das kommunistische Gewerkschaftskomitee machte den „Fiat“-Arbeitern die Notwendigkeit klar, die Einheitsform zu verwirklichen und für die Liste der Klassenorganisation zu stimmen, die man gegenüber der faschistischen Organisation unterstützen mußte, trotz aller Mißgriffe der reformistischen Führer.

Bericht über die Sitzung des Gewerkschafts-Fartells in Langenbielau.

Am Mittwoch, den 25. April hatte Genosse Müller eine Kartell Sitzung erberufen, die zum 1. Punkt Kartellbericht ein erstaunliches Geschäft annahm, denn den Einnahmen von 264 000 Mark stand eine Ausgabe von 604 000 Mark gegenüber, mithin war eine Schuldenlast von 340 000 Mark zu verzeichnen. Dieser Uebelstand war zurückzuführen auf die Kollegen vom Textil-Arbeiter-Verband die schon des öfteren eine Beitragserhöhung ablehnten, und sich scheinbar mit dem Gedanken trugen, das Sekretariat am liebsten fallen zu lassen, denn sie suchten auch diesmal wieder einen Ausweg die Sache auf eine andre Art zu verschleppen. Nach längerer Debatte wurden dann die Beiträge die sich bis jetzt auf 48 Mark für Männliche und 32 Mark für Weibliche Mitglieder belaufen, auf 120 und 80 Mark festgelegt und rückwirkend vom 1. Quartal. Im Weiteren gerieten die Meinungen etwas schärfer auseinander betreffs der Wichtigkeit der jetzigen Gewerkschaftsarbeit, über die die Haltbarkeit des 8-Stunden-Arbeitstages über die gesamten Kämpfe der Arbeiterkammer ganz gleich welcher Natur. Die Textilarbeiter bekehrten sich, das unser Gen. Reichel in allen Gewerkschaftsversammlungen eine wüste Schimpferei vom Stapel lasse, aber sie mußten zurückgewiesen werden, weil gerade ihr Geschäftsführer Kollege Lang und mit ihm Kollege Dente sich in unerschöpflicher Produktiver Weise hergeben, und es fertig bringen gestellte Anträge zu unterlegen.

Zum Punkt Verschiedenes wurde die hier schon so oft gestellte Frage der Maßfeier behandelt. Es stellte sich heraus, daß eine Einheitsfront mit den Kommunisten nicht möglich sei, weil in Berlin der Gen. Künstler von der NAB in einer öffentlichen Versammlung geschlagen wurde. Deshalb mußte, also der Kartellabschluß kursorisch gemacht werden. Weil die Forderung bestand, daß die Firma Dierig am 1. Mai arbeiten lassen möchte, wurden beschlossene Handzettel drucken zu lassen die nochmals jeden Klassenbewußten organisierten Arbeiter an seine Pflichten an diesem Weltfeiertag erinnern sollen. Ferner wurde beschlossen eine Betriebsräteversammlung zwecks Gründung eines Kontrollausschusses abzuhalten.

Generalversammlung der Schuhmacher.

In der am 24. April im Bürgergarten stattgefundenen Generalversammlung gab der Kassierer Kollege Schater den Kartellbericht. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug rund 11 Millionen, die der Lokalkasse 3 Millionen, die Kurzarbeit und die damit verbundenen 14tägige Beitragsleistung bleibt auf die Einnahme nicht ohne Wirkung. Den Geschäftsbericht gab Kollege Reiner, der ausführte, daß in allen Fabriken teilweise schon seit Oktober nur 24 Stunden gearbeitet wird, in ganz Deutschland arbeiten 90% unserer Petrusangehörigen seit Monaten mit erheblich verfürzter Arbeitszeit, durch die große Not für die Mehrheit der Bevölkerung ist der Verbrauch von Schuhwaren bedeutend zurückgegangen, nur kleinen Teil des Reichswirtschaftsrates ist die Zuschußabgabe aufgehoben worden, dadurch erhofft man eine bessere Beschäftigung der Industrie, eine weitestehende Preisfestsetzung für Schuhwaren ist bisher durch die geradezu schwindelhaften Manipulationen der Rohhauterzeugungsgesellschaften verhindert worden. Bei der Steigerung des Dollars gehen die Preise mit, bei der Senkung läßt man lieber die Hände verkaufen als sie billiger auf den Markt zu geben, die Regierung sieht Tatenlos dieser Mißwirtschaft zu, die Syndikatspreise für die übrigen Zufuhrartikel für die Schuhherzeugung verhindern ebenfalls eine vernünftige Preisgestaltung. Die Lohnreduktion die für den Monat März eine Notwendigkeit war, wurde wegen schlechten Geschäftslage verweigert, auf die neu eingereichte Forderung wurde der Gesamtlohn am 16. April um 10% erhöht. Im Schuhmacherhandwerk ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls sehr groß, die Entlohnung ungenügend und muß daher noch manches nachgeholt werden. Die Aussprache über den Geschäftsbericht ergab die Würdigung der Tätigkeit der Organisationsleitung.

Zur Maßfeier wurde beschlossen, daß in allen Betrieben die Arbeit ruht, und jeder einzelne verpflichtet ist an der Maßfeier teilzunehmen. Zur Unterstützung der Arbeitslosen zu Pfingsten soll jeder Beschäftigte mindestens einen halben Stundenlohn zeichnen. Nach lebhafter Aussprache über die Pflichtarbeit für die Bezieher der Erwerbslosenunterstützung wurde der Beschluß gefaßt, die zuständige Stelle in Breslau zu ersuchen, diesen Zwang, der in ganz Deutschland besteht, nur für Breslau aufzuheben, da ein gesetzlicher Zwang für diese Maßnahme nicht besteht.

Genossen sammelt eifrig für den revolutionären Kampffonds.

Der Sinn des Kampfes um eine Arbeiterregierung.

Von Alfred Schrapel, Dresden.

Was fordern wir vom neuen „Insklabinell“? Eine sozialistische Schulreform. Im einzelnen: Übernahme der gesamten Schullasten auf den Staat, Sorge für das leibliche Wohl der Jugend (Kleidung, Ernährung, Erholung, ärztliche Beobachtung und Behandlung usw.), Schaffung eines einheitlichen Gesamtschulgesetzes vom Kindergarten bis zur Hochschule. Sodann einheitliche und gleichwertige, wenn auch verschiedenartige Ausbildung; ferner gleiche Besetzung der Lehrer aller Schularten, Beseitigung des Quälmsus im Berufsschulwesen, Erweiterung der Rechte der proletarischen Elternräte, deren organisierte Zusammenfassung in den einzelnen Schulbezirken und im Lande, Schaffung von Beiräten an den Berufsschulen unter Beteiligung der Betriebsräte und der Schüler, Bildung eines proletarischen Landesschulbeirats, Kontrolle des Schulwesens von unten durch die proletarischen Elternorgane und von oben durch sozialistische und kommunistische Schulverwaltungsorgane, Durchberatung der Schulgesetze durch den proletarischen Landesschulbeirat, schärfste Maßnahmen gegen monarchistische und faschistische Propaganda in den Schulen (besonders den höheren und den Hochschulen), Besetzung der wichtigsten Verwaltungsfunktionen mit zuverlässigen, dem proletarischen Landesschulbeirat verantwortlichen „Aussichtsbearbeitern“, Verlagerung aller Mittel der Allgemeinheit für die konfessionellen Einrichtungen, Rücksichtslose Entzweiung gegen die Diktatur des faschistischen und monarchistischen Zentrums und die ihnen zugehörigen Reichsbehörden, Kontrolle der Bücher, Lehr- und Lernmittel, deren Anzueglichkeit usw.

Greifen wir aus diesen Forderungen nur die Frage des proletarischen Landesschulbeirates heraus. Sofern die Regierung dazu übergeht, den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Schaffung eines solchen Beirats so durchzuführen, daß in diesem Beirat eine proletarische Mehrheit nur etwa entsprechend der des Landtages besteht, so ist der schärfste Konflikt mit dem Bürgertum vorhanden. Das Reich hat überhaupt nicht mitzureden. Es ergeben sich daraus sofort Konsequenzen, daß die Regierung ohne die entschiedenste Unterstützung der breiten Massen nicht auskommen könnte. Die Schulfragen würden in rein proletarischem Sinne innerhalb dieser Massen diskutiert, daraus ergäbe sich eine Kampfstellung gegen das Bürgertum und damit ein Fortschritt in der Richtung der proletarischen Einheitsfront. Das Gleiche gilt hinsichtlich der Anstellung von Ausschichtbeamten, die den proletarischen Organen verantwortlich wären. Die Demokratisierung der Schulverwaltung besteht nicht darin, daß man Parteimitraten zu Verwaltungs- und Aufsichtsbämtern ernannt, die bestenfalls die weltliche Schule predigen und treue Anhänger der reaktionären Kirche sind. Hier muß das Proletariat ein Wort mitreden. Diese Besetzung

bedeutet zu überlassen, ist eine vorrevolutionäre Vorgehensweise, die abgestellt werden muß. Auch diese rein verwaltungstechnischen Maßnahmen müssen zu Konflikten mit dem Bürgertum und zur Festigung der proletarischen Einheitsfront führen. An die Stelle der Bezirks-Schulrats-Konferenzen müssen erweiterte Konferenzen der proletarischen Elternräte eingeführt werden. Alle diese Forderungen verbinden die Regierung fester mit den Massen.

Nicht so steht die Frage, ob eine Regierung die Verantwortung tragen will und kann, sondern so, ob man die Massen an der Verantwortung teilnehmen lassen will oder nicht. Die Durchführung solcher Forderungen verursacht Bewegung im Proletariat, die es aus dem Zustande des Stillehaltens herausreißt, so daß die proletarische Sache dienen, weshalb dies schon bei der Schulfrage, wieviel mehr bei der des Selbstschutzes und der Kontrollenausschüsse!

Schwere Kämpfe mit dem Bürgertum sind auszufechten. Sie führen über den Rahmen des rein parlamentarischen Kampfes weit hinaus, sehen auch die SPD-Massen in Bewegung, treiben so der Wadauswanderung mit dem faschistischen und monarchistischen gegenüber. Arbeiter und Bauernbewegung, Bremen usw. können dabei nicht untätig bleiben. Arbeiter und die anderen Parteimitraten dürfen sich nicht passiv verhalten, wir müssen das Proletariat aktiver für den Kampf um seine Macht. Sachlich dient dabei als Anschauungsunterricht.

Vertiefung des Kampfes gegen das Bürgertum, Mobilisierung der Massen, proletarische Offensive — und Defensivfront gegen den gemeinsamen Feind, die Bourgeoisie. Das ist der Sinn der Arbeiterregierung.

Appell an die sozialistische Arbeiterschaft.

Unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Sachsens ist eine Landesregierung gebildet worden, die nach Vereinbarungen zwischen der SPD und Vertretern der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf die bekannten Abmachungen verpflichtet war. Die Willensänderung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verdrängte die Rechtssozialisten. Bund und Lipinski aus dem Ministerium.

Wie zu erwarten war, hat die rechte Bürokratie in der SPD die neue sozialistische Regierung in der Durchführung des mit der SPD und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ungeschriebenen Programms sabotiert. Sie fand dabei die volle Unterstützung des gesamten Bürgertums.

Die Siebenerkommission der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die in der Illusion befangen war, die rechten Führer würden dem deutlich beabsichtigten Willen der sozialdemokratischen Arbeiter keinen Widerstand entgegenstellen, trat dem Treiben nicht mit der erforderlichen Schärfe entgegen. So gewann die SPD-Bürokratie die Oberhand, die Regierung zeigte sich nicht zu einem kraftvollen Auftreten gegen die faschistischen Mächte auf, sie läßt

den Faschisten die rechte Autokratie der SPD treiben. Die Organisationskräfte der sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens sind damit gefährdet. Vor allem in der Frage des proletarischen Selbstschutzes. In dieser Frage nehmen die rechten SPD-Deute eine Stellung ein, die in krassem Widerspruch steht zu der Struktur der SPD-Fraktion des Reichstages, gegen das Faschisten-Schutzgesetz. Bei dieser Struktur steht die SPD, zur Stunde wenigstens noch, an der Seite der KPD, die die SPD allerdings aus ihrer zunächst schwankenden Haltung herausdrücken mußte.

Um die Situation zu klären, um die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf die drohende Gefahr, auf den neuen Verrat rechtsstehender Führer aufmerksam zu machen, hat die SPD mit dem Landes-Arbeitsausschuss der SPD eine Aussprache über die gemeinsame Bildung des proletarischen Selbstschutzes herbeigeführt. In dieser Sitzung, am Donnerstag, den 26. April 1923, hat der Landes-Arbeitsausschuss der SPD unsere Forderung über die Bildung des gemeinsamen proletarischen Selbstschutzes abgelehnt. Unsere Verhandlungsteilnehmer haben darauf folgende Erklärung abgegeben:

Durch die Haltung des Landes-Arbeitsausschusses der SPD ist eine völlig neue politische Lage geschaffen. Die ablehnende Stellung des Landes-Arbeitsausschusses in einer der wichtigsten Fragen, nämlich der des gemeinsamen Aufbaues des proletarischen Selbstschutzes in den Betrieben, bedeutet einen formellen und sachlichen Bruch der von der KPD mit der Kommission getroffenen Vereinbarungen. Die Beschlüsse des Landes-Arbeitsausschusses vernichten den Sinn des proletarischen Selbstschutzes als Zusanmenziehung der Massen zu einer proletarischen einheitlichen Abwehrfront gegen die faschistische Reaktion. Sie vernichten die politische Basis der Regierung. Die Abweisung des Landes-Arbeitsausschusses über die schwerwiegendsten Aufgaben zwingt die KPD, an die SPD-Arbeiterschaft zu appellieren, da wir der Anschauung sind, daß die Haltung des Landes-Arbeitsausschusses im strikten Gegensatz zum Willen der Arbeiterschaft steht. Die Haltung des Landes-Arbeitsausschusses gibt selbstverständlich der KPD, völlige politische Handlungsfreiheit. Im Sinne des Beschlusses des Landestages der SPD wenden wir uns an die Siebenerkommission, um die zu veranlassen, gemeinsam mit uns die Arbeiterschaft Sachsens gegen den Bruch des Abkommens und die Verhinderung der Einheitsfront durch die rechten Führer der SPD aufzurufen.

Nach Abgabe dieser Erklärung waren die Verhandlungen mit dem Landes-Arbeitsausschuss erledigt. Die SPD wird nun mit der Siebenerkommission verhandeln. Sie muß nun, und zwar in Verbindung mit dem sozialdemokratischen Ministerium, entscheidend nach dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eingreifen. Es handelt sich nicht lediglich um eine Angelegenheit der sozialdemokratischen Arbeiter, auch nicht um eine Angelegenheit

des gesamten Proletariats, sondern um eine bedeutungsvolle politische Forderung des Gesamtproletariats, nämlich um die Forderung planmäßiger proletarischer Politik. Eine solche Politik hat die Voraussetzung der proletarischen Einheitsfront. In Sachsen war diese Voraussetzung im wesentlichen erfüllt. Wird sie hier von der rechten SPD, gegen den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter, geschlagen, dann bedeutet das einen neuen Sieg der Reaktion. Dieser Sieg muß verhindert werden. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Sachsens solidarisieren, muß sie in ihrem Kampf unterstützen.

Die Gegenaktion der reformistischen Bohemien.

Die vier arbeitgemeinschaftlichen Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: In großen Umsänge werden von den Franzosen und Belgiern Forderungen gestellt, und den gelagerten Kohlen abzuführen. Kommunisten, Unionisten und Sozialisten versuchen, ihre Generalkonferenzen zu veröffentlichen, indem sie in Delegiertenversammlungen und in ihrer Presse verlangen, daß wenn auf einer Seite die Kohlen und Kohlenballen abgefahren sind, die Bergarbeiter in den Streik treten müßten, da unter diesen Umständen nicht gearbeitet werden dürfte. Die Absicht der Parteien ist eine andere. Sie wollen den passiven Widerstand zu einem aktiven zu machen. Die Vorgänge in Kattowitz und Gen. bereiten es. Der Widerstand war bisher nur deshalb so erfolgreich, weil er mit Ruhe und Beharrlichkeit geführt wurde. Er ist verloren in dem Augenblick, wo Generalkonferenzen oder gesamtliche Vorhaben einsehen. Unter Parteilisten soll und wird nicht gearbeitet werden. Wenn nur die Kohlen und Kohlenlager abgefahren sind, aber die übrigen Forderungen vom Militär frei sind, kann von einem Streik unter Parteilisten keine Rede sein. Ausgeschlossen bei jeder Maßnahme muß sein, nicht über Schaden, sondern dem Gegner über eigenen Schaden. Ein Generalkonferenz oder gewalttätiges Vorgehen nicht über nur dem französischen Imperialismus. Weist das Ansehen der Kommunisten und Sozialisten zurück. Folgt nach wie vor den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen!

Dieser Aufruf bedeutet eine Unterfütterung der kapitalistischen Hochverrat. Es ist eine erbärmliche Angelegenheit, wenn behauptet wird, daß der Widerstand gegen die französischen Imperialisten beschlossen habe. Diese wird das Ruhrproletariat aber in voller Wucht und Disziplin anwenden, trotz der Sabotage der Reformisten. Auch die Dresdener „Volksmacht“ unterstügt den Hochverrat der Kapitalisten. Sie drückt die SPD-Mehrung ab und leitet daraus eine Kommunistenherbe her, wobei sie wieder die unsinnige Forderung aufstellt, die Kommunisten abzuleiten mit 150000 Mann. Wir sind von der „Volksmacht“ gewöhnt, daß sie an Seite der Kapitalisten steht.

Kaufe täglich Frauenhaare
Zahle pro Gramm bis 8.- Mk.
Selma Kunath, Breslau,
Schillerstrasse 21.

Ein sozialer Roman von Ivo London.

22]

In der Presse wurde er in langen Schmäherartikeln beschimpft, und es wurden Anspielungen auf einen geistigen Zusammenbruch gemacht. Ernst sagte uns, daß eine solche Handlungsweise von Seiten der kapitalistischen Presse nichts neues sei; es herrsche dort die Vorgehensweise, Reporter in alle sozialistische Versammlungen zu schicken, mit dem ausdrücklichen Befehl über alles, was dort geredet würde, falsch und verdreht zu berichten, um dadurch den Mittelstand zu erschrecken und ihn somit von einer Annäherung an das Proletariat fern zu halten, und wiederholt erwähnte Ernst den Vater, seinen Kampf einzustellen und sich zurückzuziehen.

Die sozialistische Presse des Landes nahm dennoch den Kampf auf, und im Sekretariat der Arbeiterschaft erfuhr man, daß das Buch unterdrückt worden sei. Aber auch nur hier. Danach kam der Appell an die Vernunft, eine große sozialistische Verlagsanstalt, mit Vater überein, das Buch herauszubringen. Vater war glücklich, aber Ernst war beunruhigt.

Ich sage auch, daß wir an der Grenze des Unbekannten sind, befehle er. Große Dinge bereiten sich um uns vor. Wir fühlen sie. Wir kennen ihr Wesen nicht, aber sie sind da. Der ganze Bau der Gesellschaft erbebt darunter. Fragt mich nicht, ich weiß selbst nichts genaueres. Aber aus diesem Fluten der Gesellschaft kristallisiert sich etwas heraus. Jetzt. Die Unterdrückung des Buches ist ein Wiederholungsfall. Wie viele Bücher sind unterdrückt worden? Wir haben nicht die entfernteste Ahnung davon. Wir tapen im Dunkeln. Wir haben keine Möglichkeit, es zu erfahren. Hält acht auf die demagogische Unterdrückung der sozialistischen Presse und der sozialistischen Verlagsanstalten. Ich fürchte, es wird kommen. Wir sind auf dem Wege, erdrockelt zu werden. Ernst's Hand lag näher an Pulsschlag der Ereignisse als die der übrigen Sozialisten, und wirklich, zwei Tage später geschah der erste

Schlag. Der Appell an die Vernunft“ erschien wöchentlich, und seine Abonnentenzahl unter dem Proletariat betrug hunderttausend und fünfzigtausend. Nebenher wurden auch häufig Sonderausgaben in einer Anzahl von zwei bis fünf Millionen Exemplaren gedruckt. Diese großen Ausgaben wurden von dem kleinen Stab der freiwilligen Mitarbeiter, die sich um den Appell an die Vernunft“ gesammelt hatten, bezahlt und verteilt. Der erste Schlag ging gegen diese Sonderausgaben, und er war geräuschlos. Durch eine eigenmächtige Verfügung der Postbehörde wurde entschieden, daß diese Sonderausgaben keine regelmäßig erscheinende Zeitung sei, und deshalb lehnte die Post die Beförderung derselben ab.

Eine Woche später entschied die Postbehörde, daß das Blatt selber aufrührerischer Natur sei, und sperre seine Beförderung gänzlich. Das war ein furchtbarer Schlag für die sozialistische Propaganda. Der Appell“ war in Verzweiflung. Es wurde beschlossen, das Blatt seinen Abonnenten durch die Erziehungsgesellschaften zuzustellen, aber diese lehnten ab. Das war das Ende des Appells“. Doch nicht das gänzlich. Er ging daran, seine Nachausgabe zu beschleunigen. In dringender Eile wurden von Vaters Buch lagen in der Biederer, und die Maschinen druckten weiter daran. Aber alsbald, und ohne Warnung, erschien nachts eine Bande und legte unter dem Wehen der amerikanischen Fahne und dem Absingen patriotischer Lieder Feuer an das große Inventar des Appells“ und vernichtete es vollständig.

Obwohl in Kansas war eine ruhige friedliebende Stadt. Die wahren Arbeiterunruhen dort gewesen. Der Appell“ zahlte Einheitslöhne, und in der Tat war er das Rückgrat der Stadt, indem er Hunderten von Männern und Frauen Beschäftigung gab. Es waren nicht die Bürger von Obard, aus denen sich die Bande zusammensetzte. Diese Bande war nämlich der Erde entgegen und wieder in diese zurückverwandeln, nachdem sie ihre Aufgabe nach jeder Richtung hin ausgeführt hatte. Größtlich in diesem Vorhaben die düsterste Bedeutung.

„Die schwarzen Hundert“ sind in den Vereinigten Staaten organisiert,“ sagte er. „Das ist der Anfang. Es kommt noch mehr. Die Eiserne Feste“ wird kün.“

Und so endete Vaters Buch. Im Laufe der Zeit haben wir noch mehr von den Taten der schwarzen Hundert. Von Woche zu Woche wurden immer mehr sozialistische Zeitungen von der Post gesperrt, und mehrmals vernichteten die schwarzen Hundert die sozialistischen Druckereien. Die Zeitungen lobten natürlich, gemäß der reaktionären Politik, die herrschende Klasse, und die vernichtete sozialistische Presse wurde falsch ausgelegt und herabgesetzt, während die schwarzen Hundert als wahre Patrioten und Retter der Gesellschaft gepriesen wurden. Und so überzeugend waren all diese Fälschungen, daß selbst erregte Geistliche von der Kanzel herab die schwarzen Hundert rühmten, wogegen sie die Anwendung von Gewalt bedauerten.

Die Geschichte eilte schnell vorwärts. Die Herbstwahlen standen vor der Tür, und Ernst war von der sozialistischen Partei bestimmt worden, für den Kongress zu kandidieren. Seine Wahlausicht war sehr günstig. Der Straßenbahnstreik in San Francisco war zusammengebrochen, und der daraus folgende Streik der Zuhilfenahme ebenfalls. Diese beiden Niederlagen war sehr betrübend für die organisierten Arbeiter. Die ganze Rüstvereinerung im Verein mit ihren Verbündeten aus dem Bauergewerbe hatte die Führer unterstützt, und alle waren unruhig unterlegen. Es war ein blutiger Streik gewesen. Auf zahllose Körper waren die Mittel der Polizisten niedergesaut, und die Leisten war durch das Feuer eines Maschinengewehres erhitzt worden.

Infolgedessen waren die Männer feindselig und nachsüchtig. Sie verlangten nach Blut und Wiedervergeltung. Auf ihren ausgedehnten Felde geschlagen, drängten sie darauf, durch eine politische Aktion Rache zu üben. Sie hielten ihre Arbeiterorganisation aufrecht, und das beschloß ihnen Macht in dem politischen Kampf, der entbrannt war. Ernst's Wahlausicht war

den täglich größer. Täglich erklärten immer mehr Vereinigungen, ihre Stimmen den Sozialisten geben zu wollen, und Ernst mußte schließlich lachen, als sogar die Selbstverweigerer und Selbstgeprüfter sich einstellten. Die Arbeiter wurden eigenmächtig. Während sie bei den sozialistischen Versammlungen mit ungeheurer Begeisterung zusammenklingelten, waren sie für die Redungen der alten Parteimitrater unzugänglich. Die Redner der alten Parteien fanden gewöhnlich leere Stühle vor, gelegentlich jedoch waren die Stühle auch gefüllt, aber die Redner wurden so roh behandelt, daß mehr als einmal die Polizei gerufen werden mußte.

Die Entwicklung drängte weiter. Die Luft vibrierte von Dingen, die sich ereigneten oder die bevorstünden. Das Land war in furchtbaren Zeiten hineingekommen, und diese waren durch eine Reihe glücklicher Jahre verursacht, in denen die Schwierigkeit, den unterdrückten Arbeiter an das Ausland abzuführen, immer größer geworden war. Die Industrie arbeitete nur noch in beschränktem Maße, viele große Fabriken standen still, und die Massen wurden oben und unten gestört.

Auch war der große Maschinenarbeiterstreik zusammengebrochen. Zwei hunderttausend Maschinenarbeiter mit ihren fünfzehntausend Verbündeten der Metallindustrie war in dem blutigsten Streik der je die Vereinigten Staaten erschüttert hatte, besetzt worden. Regelmäßig Schlächten hatten mit den Feinden des Streikbrecher, die von den Arbeiterschaften ins Geld geschickt waren, fortzuführen. Die schwarzen Hundert erschienen in einer Menge von weitausläufigen Orten und zerstörten das Eigentum; und in der Folge waren hunderttausend Mann der regulären Truppe eingesetzt worden, um der ganzen Sache ein schnelles Ende zu machen. Eine Anzahl Arbeiter wurden hingerichtet, viele andere zu lebenslänglicher Verurteilung, während Tausende der Soldaten in Bliesgebere zusammengepackt und von den Soldaten unbarbarisch behandelt wurden.

